

**Trierer Arbeitspapiere  
zur  
Internationalen Politik**

**Auf dem Weg zu einer „normalen“ Macht?  
Die Entsendung deutscher Streitkräfte  
in der Ära Schröder**

Martin Wagener

Nr. 8  
Februar 2004

Lehrstuhl für Internationale Beziehungen und Außenpolitik

---

Universität Trier

Der vorliegende Beitrag erscheint zum Sommersemester 2004 in: Sebastian Harnisch, Christos Katsioulis, Marco Overhaus, Deutsche Sicherheitspolitik. Eine Bilanz der Regierung Schröder, Baden-Baden 2004, NOMOS.

Universität Trier  
Fachbereich III: Politikwissenschaft  
Internationale Beziehungen/Außenpolitik  
Universitätsring 15  
54286 Trier

Telefon: 0651/201-2110  
Telefax: 0651/201-3821

<http://www.politik.uni-trier.de/liba/index.php>  
eM@il: [wagener@uni-trier.de](mailto:wagener@uni-trier.de)

## Inhalt

<b>I.</b>	<b>Auslandseinsätze der rot-grünen Bundesregierung .....</b>	<b>3</b>
1.	Stabilisierung des Balkans .....	4
a)	Stabilization Force .....	4
b)	Kosovo Force .....	5
c)	Concordia .....	6
2.	Kampf gegen den internationalen Terrorismus .....	7
a)	Enduring Freedom .....	7
b)	International Security Assistance Force .....	10
3.	Kleinere Missionen .....	11
a)	United Nations Observer Mission in Georgia .....	12
b)	Kongo / Uganda .....	12
c)	United Nations Monitoring, Verification and Inspection Commission .....	13
d)	Weitere humanitäre Hilfsmaßnahmen und Rettungseinsätze .....	14
<b>II.</b>	<b>Anzeichen der Normalisierung des Streitkräfteeinsatzes ...</b>	<b>14</b>
1.	Einsatzlogik .....	14
2.	Fähigkeitsprofil .....	16
3.	Bereitschaft zu Kampfeinsätzen .....	21
4.	Führungsaufgaben .....	24
<b>III.</b>	<b>Perspektiven der Normalisierung .....</b>	<b>26</b>
1.	Verteidigungsetat .....	26
2.	Selbstverständnis .....	29

## Auf dem Weg zu einer „normalen“ Macht?

### Die Entsendung deutscher Streitkräfte in der Ära Schröder

*Martin Wagener*

Als die Regierung Helmut Kohl im September 1998 abgewählt wurde, waren ca. 2.800 deutsche Soldaten im Ausland stationiert. Die Berliner Republik hatte sich vorsichtig an eine Thematik herangetastet, die acht Jahre zuvor, unmittelbar nach der Wiedervereinigung, vielen politischen Entscheidungsträgern als Tabu erschien: Die Beeinflussung internationaler Konflikte mit eigenen militärischen Kräften. Nun waren Auslandseinsätze zu einer ganz normalen Erscheinungsform deutscher Sicherheitspolitik geworden - von Bosnien-Herzegowina und Georgien bis hin nach Somalia sowie Kambodscha. Tabus wurden durch Verweise auf die größer gewordene Verantwortung Deutschlands ersetzt. Dennoch galten zwei ungeschriebene Gesetze in der Ära Kohl: Deutsche Streitkräfte werden, erstens, vornehmlich in Europa und an seiner unmittelbaren Peripherie eingesetzt. Die Bundeswehr wird sich, zweitens, auf friedenserhaltende Maßnahmen konzentrieren. Bundeskanzler Gerhard Schröder hat an diese Tradition zwar angeknüpft, letztlich aber entscheidende Änderungen vorgenommen. Unter seiner Führung hat sich die Bundeswehr erstmals in ihrer Geschichte an Kampfeinsätzen beteiligt. Sie wird nicht nur in Ausnahmefällen jenseits Europas eingesetzt, sondern im Sinne eines weiten Verteidigungsbegriffes aus grundsätzlichen Erwägungen. Im Laufe der ersten Amtsperiode der rot-grünen Koalition war die Zahl der entsendeten Streitkräfte zeitweise auf über 10.000 Soldaten angestiegen und betrug Anfang Dezember 2003 noch 7.575.<sup>1</sup> Seit 1998 haben über 100.000 Soldaten an Auslandseinsätzen teilgenommen.<sup>2</sup> Deutschland nutzt damit heute militärische Mittel zur Durchsetzung außen- und sicherheitspolitischer Ziele wesentlich stärker als zu Beginn der 90er Jahre.

---

\* Für Anregungen und Kritik danke ich Stefan Axel Boës, Sebastian Hamisch, Christos Katsioulis, Marco Overhaus, Friedrich-Wilhelm Rodefeld, Reinhard Wolf sowie den Teilnehmern der Konferenz „Deutsche Sicherheitspolitik in NATO und ESVP: Gelockerte Bindungen, eigene Wege?“, die am 11. Juli 2003 in Otzenhausen stattgefunden hat und vom Lehrstuhl für Internationale Beziehungen und Außenpolitik der Universität Trier, der NATO und der ASKO-Europa Stiftung organisiert worden ist.

<sup>1</sup> Diese und alle nachfolgend erwähnten aktuellen Einsatzzahlen beziehen sich auf Bundesministerium der Verteidigung, Auslandseinsätze – aktuelle Zahlen der im Ausland eingesetzten deutschen Soldaten, Berlin, Stand vom 05.12.2003. (<http://www.bundeswehr.de/forces/print/einsatzzahlen.php>, Abruf vom 08.12.2003) Im Februar 2003 waren ca. 8.500 Soldaten im Ausland stationiert. Der Rückgang ist in erster Linie auf eine Reduktion der Kräfte in Afghanistan und am Horn von Afrika zurückzuführen.

<sup>2</sup> Vgl. Peter Struck, Eröffnungsrede anlässlich der Konferenzreihe „Impulse 21 Berliner Forum Sicherheitspolitik“, Berlin, 23.06.2003. ([http://www.bmvg.de/archiv/reden/minister/030623\\_eroeffnungsrede\\_impulse\\_21.php](http://www.bmvg.de/archiv/reden/minister/030623_eroeffnungsrede_impulse_21.php), Abruf vom 26.06.2003)

Wie ist diese Entwicklung zu bewerten?<sup>3</sup> Ist sie Anzeichen einer außen- und sicherheitspolitischen Normalisierung? Und was ist überhaupt „normal“: Eine „Kultur der Zurückhaltung“ oder ein regelmäßiger Einsatz militärischer Kräfte? Der Duden übersetzt „normal“ mit den Begriffen „gewöhnlich, üblich, durchschnittlich“<sup>4</sup>. Eine „normale“ Macht verhält sich demnach so, wie dies die meisten anderen Staaten auch tun. Damit ist gleichwohl noch nichts über den Inhalt dieses Verhaltens gesagt, das je nach Zeitumständen von der Wahrnehmung eines historischen *ius ad bellum* bis hin zur Achtung des Gewaltverbots der UN-Charta reichen kann. Zur Konkretisierung sind mehrere Bemessungsgrundlagen denkbar: So können exogene Verhaltenserwartungen herangezogen werden, die sich aus der Rollentheorie ergeben oder systemisch von den Annahmen des Neorealismus abgeleitet werden.

Dagegen soll an dieser Stelle eine nationale Binnenperspektive gewählt werden, deren Kriterien sich aus normativen Vorstellungen des Verfassers ergeben.<sup>5</sup> Unter „Normalisierung“ wird demnach jenes Verhalten Deutschlands verstanden, das auf den Einsatz von Streitkräften zur Verfolgung nationaler Interessen gerichtet ist. Interessenpolitik liegt wiederum dann vor, wenn die Regierung ihr Handeln systematisch auf Nutzenmaximierung zum Vorteil des eigenen Landes ausrichtet. Dieser Gedanke geht vom Primat der Staatsräson aus, der in der Eidesformel des Bundeskanzlers gemäß Artikel 56 Grundgesetz seinen Niederschlag gefunden hat: „Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden [...] werde.“ Damit sind weder internationale Sonderwege noch Alleingänge gemeint, sondern eine strategische Ausrichtung eigenen Handelns im Rahmen der Einbindung Deutschlands in UNO, NATO und EU. Als Zeichen der „Normalisierung“ kann etwa die Produktion kollektiver Sicherheitsgüter betrachtet werden, die eine Schnittmenge zu nationalen Interessen aufweist (Stabilisierung der europäischen Peripherie, Offenhaltung von Seewegen, Eindämmung des internationalen Terrorismus, Verhinderung von Proliferation etc.). Eine weitere Konkretisierung der Messlatte für das, was einen „normalen“ Streitkräfteeinsatz ausmacht, ergibt sich aus der Perspektive einer starken Mittelmacht, die über erhebliches territoriales, ökonomisches und demographisches Potential verfügt: Deutschland spielt nicht in der Liga der USA oder auch Russlands, gehört aber neben Frankreich und Großbritannien zu den drei führenden Mächten Europas. Als „normale“ Macht kann Berlin folglich dann bezeichnet werden, wenn es, erstens, über die Fähigkeit und den Willen verfügt, neben Akteuren wie Paris und London in gleichberechtigter Weise mit Streitkräften an Einsätzen der UNO, der NATO oder der EU teilzunehmen. Von einem wirklichen „Normalisierungsprozess“ ist

---

<sup>3</sup> Der Beitrag ist eine überarbeitete und stark erweiterte Fassung von: Martin Wagener, Auslandseinsätze der Bundeswehr. Normalisierung statt Militarisierung deutscher Sicherheitspolitik, in: Hanns Maull, Sebastian Harnisch, Constantin Grund (Hrsg.), Deutschland im Abseits? Rot-grüne Außenpolitik 1998 – 2003, Baden-Baden 2003, S. 33 – 48.

<sup>4</sup> Duden. Die deutsche Rechtschreibung, Band 1, 20. überarbeitete Auflage, Leipzig-Mannheim-Wien-Zürich 1991, S. 510.

<sup>5</sup> Der Normalisierungsbegriff ist im Vergleich zur ersten Fassung in diesem Beitrag konkretisiert und damit enger gefasst worden.

dabei aber, zweitens, erst dann zu sprechen, wenn die Entsendung der Bundeswehr zielgerichtet, also unter Berücksichtigung auch längerfristiger Interessen, erfolgt.

Nachfolgend soll mit Blick auf die Art und Weise der Durchführung von Auslandseinsätzen festgestellt werden, wie weit der Prozess der Normalisierung deutscher Sicherheitspolitik gediehen ist. Dies geschieht aus zwei Perspektiven: Zunächst werden in einem quantitativen Untersuchungsabschnitt die in die rot-grüne Amtszeit fallenden Auslandseinsätze skizziert. Darauf erfolgt die Betrachtung der qualitativen Normalisierungsmerkmale Einsatzlogik, Fähigkeitsprofil, Bereitschaft zu Kampfeinsätzen und Führungsaufgaben. Abschließend werden die Grenzen des Normalisierungsprozesses ausgelotet.

### **I. Auslandseinsätze der rot-grünen Bundesregierung**

Das Haupteinsatzgebiet der Bundeswehr lag bis zum 11. September 2001 auf dem Balkan. Seit den Terroranschlägen von New York und Washington sind Afghanistan, das Horn von Afrika, vorübergehend Kuwait und die Straße von Gibraltar hinzugekommen. Im Spätsommer 2003 hatten sich deutsche Soldaten zudem an der Operation „Artemis“ im Kongo/Uganda beteiligt. Die Diskussion, ob die Bundeswehr den Wiederaufbau im Irak unterstützen soll, war im Herbst 2003 nicht abgeschlossen. Dagegen lagen keine Hinweise auf eine Entsendung deutscher Soldaten in den Nahen Osten vor, um dort zu einer Deeskalation des Konflikts zwischen Palästinensern und Israelis beizutragen. Abgesehen von den Missionen in Bosnien-Herzegowina und Georgien sind alle übrigen Auslandseinsätze von der rot-grünen Bundesregierung begonnen worden. Sie dürften insbesondere auf dem Balkan und am Hindukusch noch über Jahre andauern, da es bislang nirgendwo gelungen ist, einen selbsttragenden Frieden zu schaffen. Die nachfolgend betrachteten Auslandseinsätze werden durch Berücksichtigung der Faktoren Konfliktumfeld, Mandatsauftrag, Beteiligung der Bundeswehr (Umfang, Aufgaben) und Perspektiven (Mandatsverlängerungen, Einsatzdauer) beschrieben.<sup>6</sup>

---

<sup>6</sup> Vgl. zur Geschichte der Auslandseinsätze der Bundeswehr in den 90er Jahren Nina Philippi, *Bundeswehr-Auslandseinsätze als außen- und sicherheitspolitisches Problem des geeinten Deutschland*, Frankfurt am Main – Berlin – Bern - New York – Paris - Wien 1997. Peter Goebel (Hrsg.), *Von Kambodscha bis Kosovo. Auslandseinsätze der Bundeswehr seit Ende des Kalten Krieges*, Bonn - Frankfurt am Main 2000. Bundesministerium der Verteidigung, *Einsätze der Bundeswehr im Ausland*, Bonn, August 2000. Vgl. zu aktuellen Daten Bundesministerium der Verteidigung, *Einsätze der Bundeswehr im Ausland*, Berlin, Juli 2002. IAP-Dienst Sicherheitspolitik, *Bewaffnete Auslandseinsätze der Bundeswehr*, Sonderheft, Oktober 2002. Die jeweils jüngsten Entwicklungen werden dokumentiert unter Bundesministerium der Verteidigung, *Auslandseinsätze der Bundeswehr*. (<http://www.einsatz.bundeswehr.de/>)

## 1. Stabilisierung des Balkans

Nach dem Ausbruch der Feindseligkeiten im Raum des ehemaligen Jugoslawiens hat sich die Bundeswehr an mehreren Einsätzen beteiligt, die zu einer Stabilisierung der Lage auf dem Balkan beigetragen haben. Dazu gehörten die Luftbrücke nach Sarajevo (Juli 1992 – Januar 1996), die Operation „Sharp Guard“ in Form der Embargo-Überwachung in der Adria (Juli 1992 – Juni 1996), Lebensmittelabwürfe über Bosnien-Herzegowina (März 1993 – August 1995), die Operation „Deny Flight“ in Form der Überwachung der Flugverbotszonen über dem ehemaligen Jugoslawien (April 1993 – Dezember 1995) sowie die Implementierung der International Force (IFOR) zur Umsetzung des Dayton Peace Accord vom 14. Dezember 1995 (Dezember 1995 – Dezember 1996).

### a) Stabilization Force

Am 20. Dezember 1996 löste die Stabilization Force (SFOR) IFOR ab.<sup>7</sup> Ihre Aufgabe war und ist, einen Beitrag zur Stabilisierung und zum Wiederaufbau Bosnien-Herzegowinas zu leisten. Sie hatte eine anfängliche Zielgröße von 30.000 Soldaten, wobei der deutsche Anteil auf 3.000 Mann festgesetzt worden war. Bis zum Januar 2003 wurde die SFOR neu strukturiert. Sie umfasst nun statt drei Divisionen drei Brigaden, was eine Truppenreduzierung auf 11.900 Soldaten im Oktober 2003 zur Folge hatte, die von insgesamt 35 Nationen gestellt werden.<sup>8</sup> Das deutsche Kontingent umfasste im Dezember noch 1.350 Soldaten. Aufklärungsflüge von Luftwaffe und Marine unterstützen die Arbeit der Landstreitkräfte. Die Soldaten der Bundeswehr sind im Feldlager Rajjlovac untergebracht, wo sie zudem ein Feldlazarett unterhalten, das für die sanitätsdienstliche Versorgung aller SFOR-Angehörigen zuständig ist. Die Truppe beteiligt sich am Wiederaufbau des Landes, indem sie in der Civil Military Cooperation (CIMIC) mitarbeitet. Am 11. Juli 2003 hat der UN-Sicherheitsrat das Mandat für die SFOR um ein weiteres Jahr verlängert. Ein Beschluss des Parlaments war nicht notwendig. Am 19. Juni 1998 hatte der Deutsche Bundestag der SFOR-Folgeoperation ohne zeitliche Begrenzung zugestimmt, die Mitwirkung der Bundeswehr allerdings von einem Mandat des UN-Sicherheitsrats abhängig gemacht.

Die SFOR-Operation dürfte 2004 in eine neue Phase eintreten. Bereits im Dezember 2002 hatten die Staats- und Regierungschefs der EU in Kopenhagen der NATO angeboten, die militärische Verantwortung in Bosnien-Herzegowina zu übernehmen. Dieses Ansinnen haben die Verteidigungsminister auf ihrem Treffen in Rom Anfang Oktober 2003 wiederholt. Nachdem die USA das Vorhaben anfangs gänzlich abgelehnt hatten, signalisierten sie auf der Herbsttagung der NATO im amerikanischen Colorado Springs Mitte Oktober Entgegenkommen. Hauptstreitpunkt zwischen Amerikanern und Europäern ist die Frage, über

---

<sup>7</sup> Vgl. Bundesministerium der Verteidigung, Folgeoperation SFOR. Informationen über die Beteiligung der Bundeswehr an der Stabilisierung des Friedens im ehemaligen Jugoslawien, Bonn, September 2000.

<sup>8</sup> Vgl. zu aktuellen Organisations- und Einsatzdaten NATO, SFOR Organisation, Brüssel, Stand vom 13.10.2003. (<http://www.nato.int/sfor/organisation/sfororg.htm>, Abruf vom 24.10.2003)

welche eigenständigen militärischen Planungs- und Führungsstrukturen die EU verfügen darf. Die USA lehnen insbesondere den Vorschlag des Vierergipfels in Brüssel vom 29. April 2003 ab, als Frankreich, Deutschland, Belgien und Luxemburg für ein europäisches Hauptquartier im Brüsseler Vorort Tervuren plädierten. Washington befürchtet, dass ein zunehmend militärisch handlungsfähiges Europa, das strategisch vom Konkurrenten Paris geführt wird, die Bedeutung der NATO aushöhlen könnte. Eine Übertragung der Verantwortung von SFOR, die dann auf 7.000 Soldaten reduziert und von Großbritannien geführt werden soll, dürfte frühestens ab Sommer 2004 erfolgen.

b) Kosovo Force

Bereits kurz nach ihrer Amtseinführung musste die rot-grüne Regierung ihre erste außenpolitische Feuertaupe bestehen. Die Unterdrückungspolitik des jugoslawischen Staatspräsidenten Slobodan Milosevic hatte im Kosovo Formen „ethnischer Säuberung“ angenommen. Nach mehreren vergeblichen diplomatischen Anläufen wurde diese Politik von der NATO gewaltsam beendet. Am 24. März 1999 startete die Allianz mit dem Beginn der Bombardierung Jugoslawiens die Operation „Allied Force“. Die deutsche Luftwaffe beteiligte sich an dieser Mission mit 14 Kampfflugzeugen der Typen Electronic Combat and Reconnaissance (ECR)- und Reconnaissance (RECCE)-Tornado. Dabei flog sie insgesamt knapp 500 Einsätze und nahm damit erstmalig von Beginn an uneingeschränkt an einer friedensschaffenden Maßnahme der NATO teil. Während der Operation „Allied Force“ wurden von der Bundeswehr 3.100 Soldaten in Albanien und Mazedonien eingesetzt, um den Flüchtlingen humanitäre Hilfe zu leisten.

Nach der Kapitulation der Belgrader Führung beendete die Allianz ihre Luftschläge am 10. Juni 1999. Kurz darauf übernahmen die Kosovo Force (KFOR) unter NATO-Führung sowie die United Nations Interim Administration Mission in Kosovo (UNMIK) die Verantwortung in dem zwischen Serben und Albanern umstrittenen Gebiet.<sup>9</sup> Der Auftrag der KFOR lag ursprünglich in der Schaffung eines sicheren Umfeldes im Kosovo, wurde aber zeitweise auf exekutive, legislative und judikative Kompetenzen erweitert, da die ehemals serbisch beherrschten Verwaltungsstrukturen weitgehend zusammengebrochen waren. Diese Aufgaben werden sukzessiv der UNMIK, die von einer internationalen Polizeitruppe unterstützt wird, sowie der albanischen Selbstverwaltung, die mit dem neuen Kosovo Police Service zusammenarbeitet, übergeben.<sup>10</sup> Gegenwärtig wird die KFOR vor allem in zwei Bereichen tätig: Erstens soll sie Konflikte zwischen Albanern und Serben verhindern. Dazu gehören vor allem Aufgaben der Sicherheitspräsenz an sensiblen Orten (u.a. religiöse Einrichtungen, Schutz von Minderheitensiedlun-

---

<sup>9</sup> Vgl. Bundesministerium der Verteidigung, Friedenstruppe KFOR. Hintergrundinformationen zum Einsatz der Internationalen Staatengemeinschaft im Kosovo und zur Beteiligung der Bundeswehr, Bonn, August 2000.

<sup>10</sup> Vgl. hierzu den Beitrag von Christian Millotat, Fortschritt im Kosovo 2003. Erfahrungen und Schlussfolgerungen als Stellvertreter des Kommandeurs der Kosovo Force vom September 2001 bis Oktober 2002, in: Österreichische Militärische Zeitschrift, Juli/August 2003, S. 419 – 428.

gen). Zweitens kontrolliert die KFOR Grenzgebiete wie jenes zu Mazedonien. Dabei geht es insbesondere um die Eindämmung des Waffenschmuggels und die Vermeidung von Destabilisierungsversuchen durch radikale Albanergruppen.

Im Juli 2002 umfasste die Mission ca. 38.000 Soldaten, zu denen ungefähr 4.600 Mann der Bundeswehr gehörten. Sie waren im Süden des Kosovos mit dem Stützpunkt Prizren für einen von insgesamt fünf Sektoren verantwortlich. In der Multinationalen Brigade Süd, die insgesamt 6.000 NATO- und Nicht-NATO-Soldaten umfasste, standen Kräfte Aserbaidschans, Bulgariens, Georgiens, Österreichs, der Schweiz und der Türkei unter deutschem Kommando.<sup>11</sup> Am 12. November 2002 wurden dann im Rahmen der Umstrukturierung der NATO-Kräfte auf dem Balkan die Multinationale Brigade West unter dem Kommando Italiens und die Multinationale Brigade Süd unter dem Kommando Deutschlands zur Multinationalen Brigade Südwest zusammengelegt. Am 5. Juni 2003 stimmte das Parlament der Fortsetzung der Beteiligung der Bundeswehr an der KFOR zu. Das deutsche Kontingent, das als Kampfverband auch über schwere Waffen wie Kampfpanzer und Artillerie verfügt, hatte im Dezember 2003 noch einen Umfang von 3.450 Soldaten. Die Gesamtstärke der KFOR lag im November bei 20.000 Soldaten, die von 34 Nationen gestellt wurden.<sup>12</sup>

#### c) Concordia

Im Sommer 2001 zeichneten sich in Mazedonien Spannungen ab, die das Land in einen Bürgerkrieg zu ziehen drohten. Freischärler der albanischen Minderheit versuchten, ihr Siedlungsgebiet von der Verfügungsgewalt der Zentralmacht in Skopje zu lösen. Die NATO beteiligte sich an der Deeskalation des Konflikts mit der Operation „Essential Harvest“. Auf Bitte des mazedonischen Staatspräsidenten, Boris Trajkovski, und mit Zustimmung aller Konfliktparteien wurden von August bis September 2001 innerhalb von 30 Tagen 3.500 Soldaten der Task Force Harvest eingesetzt, die für die Einsammlung der von den Freischärlern freiwillig abgegebenen Waffen zuständig waren. Deutschland beteiligte sich an der Mission mit bis zu 500 Soldaten. Dieser Entwaffnungsaktion folgte, ebenfalls unter Leitung der NATO, die Operation „Amber Fox“, die zeitweise von der Bundeswehr geführt wurde. Am 16. Dezember 2002 wurde sie von der Folgeoperation „Allied Harmony“ abgelöst. Sicherheitspolitisches Neuland wurde am 31. März 2003 in Europa betreten: Die EU übernahm erstmalig in eigenständiger Verantwortung einen NATO-Einsatz, stützte sich allerdings im Rahmen der Berlin-Plus-Regelung vom Dezember 2002 auf die militärischen Strukturen der Allianz ab. Die Mazedonien-Mission firmierte seitdem unter der Bezeichnung Operation „Concordia“. Eine entsprechende Beteiligung der Bundeswehr war vom Deutschen Bundestag am 20. März 2003 beschlossen worden. Die ca. 350 Soldaten aus 29 Ländern, die u.a. in 24 „Liaison and Monitoring Teams“ or-

---

<sup>11</sup> Vgl. zu aktuellen Entwicklungen NATO, Kosovo Force, Brüssel. (<http://www.nato.int/kfor/>)

<sup>12</sup> Vgl. NATO, COMKFOR initial press conference, Brüssel, 11.11.2003. ([http://www.nato.int/kfor/inside/2003/ik\\_031110b.htm](http://www.nato.int/kfor/inside/2003/ik_031110b.htm), Abruf vom 09.12.2003)

ganisiert waren,<sup>13</sup> erfüllten zwei zentrale Aufgaben: Sie unterstützten internationale Beobachter und sorgten für deren Schutz. Darüber hinaus halfen sie der mazedonischen Regierung, wieder die vollständige Verantwortung für die Sicherheit des Landes zu übernehmen. Die Beteiligung Deutschlands lag zuletzt bei ca. 40 Soldaten. Das Mandat der EU für Concordia endete am 15. Dezember 2003. An jenem Tag begann gleichzeitig die auf vorläufig ein Jahr angelegte Mission „Proxima“, zu der rund 200 Polizisten aus Staaten der EU gehören.<sup>14</sup>

Ob diese Schutzkomponente zur Absicherung des Abkommens von Ohrid vom 13. August 2001 ausreicht, ist mittel- bis langfristig fraglich. Mazedonier und Albaner zeigen sich bis zur höchsten Führungsebene immer wieder unversöhnlich. Hohe einstige Vertreter beide Seiten haben sich gegen ein multiethnisches Mazedonien ausgesprochen. So schlug der ehemalige Ministerpräsident Ljubco Georgievski vor, die albanische Minderheit durch finanzielle Anreize zum Verlassen von Skopje und anderen Orten zu bewegen. Der ehemalige Führer der Albaner, Arben Xhaferi, sprach sich dagegen für eine Vereinigung aller Albaner aus.<sup>15</sup> Anfang September 2003 war es zudem zu neuen Gefechten zwischen mazedonischen Sicherheitskräften und albanischen Radikalen im Gebiet um die Ortschaft Brest gekommen.

## 2. Kampf gegen den internationalen Terrorismus

Mit der Beteiligung am Kampf gegen den internationalen Terrorismus hat die rot-grüne Bundesregierung für die Bundeswehr neben dem Balkan einen zweiten, weitaus größeren Einsatzraum geschaffen.

### a) Enduring Freedom

Der von US-Präsident George W. Bush Jr. ausgerufene weltweite Krieg gegen den internationalen Terrorismus verfolgt in militärischer Hinsicht das Ziel, die Bewegungsfreiheit von Al Qaida und ähnlichen Gruppierungen einzuengen, ihre Trainingslager zu zerstören sowie so viele potenzielle Attentäter als möglich zu neutralisieren. Darüber hinaus soll der Wiederaufbau Afghanistans abgesichert werden, damit schwache staatliche Strukturen nicht erneut von starken extremistischen Kräften mit Verbindungen zum internationalen Terrorismus ausgenutzt werden können. Der Deutsche Bundestag hat am 16. November 2001 der Beteiligung von bis zu 3.900 Soldaten an der Operation „Enduring Freedom“ zugestimmt. Zugesagt wurde die Unterstützung mit fünf Kontingenten, für die personelle Obergrenzen festgelegt worden sind: ABC-Abwehrkräfte (ca. 800 Soldaten), Sanitätskräfte (ca. 250 Soldaten), Spezialkräfte (ca. 100 Soldaten), Lufttransportkräfte (ca. 500 Soldaten) und Seestreitkräfte einschließlich Seeluft-

---

<sup>13</sup> Vgl. Bundesministerium der Verteidigung, Antworten auf häufig gestellte Fragen zu Operation CONCORDIA, Berlin, Stand vom 04.10.2003. ([http://einsatz.bundeswehr.de/einsatz\\_aktuell/tff/faq/faq\\_tff.php](http://einsatz.bundeswehr.de/einsatz_aktuell/tff/faq/faq_tff.php), Abruf vom 11.10.2003)

<sup>14</sup> Vgl. European Union Police Mission in the Former Yugoslav Republic of Macedonia „Proxima“, Brüssel, Stand vom 16.12.2003. (<http://www.eupol-proxima.org/>, Abruf vom 16.12.2003)

<sup>15</sup> Vgl. FAZ, 08.07.2003, S. 5

streitkräften (ca. 1.800 Soldaten). Hinzu kommen Unterstützungsstreitkräfte in einem Umfang von ca. 450 Soldaten.<sup>16</sup> Der Bundestag hat das Mandat am 14. November 2003 um ein Jahr verlängert, allerdings nur noch 3.100 Soldaten auf Abruf bereitgestellt. Die ABC-Abwehrkräfte sind aus dem Kontingent herausgenommen worden. Im Dezember 2003 beteiligte sich die Bundeswehr mit noch ca. 300 Soldaten<sup>17</sup> an der Operation „Enduring Freedom“, zu der zeitweise bis zu 1.500 Mann abgestellt waren.

Einen Beitrag zum Kampf gegen die Al Qaida leistet die Bundeswehr am Horn von Afrika.<sup>18</sup> Zu ihren Aufgaben gehört, den Seeraum zu überwachen und mögliche Bewegungen von Terroristen zwischen der Arabischen Halbinsel und der afrikanischen Küste zu verhindern („Rasterfahndung auf See“). Das Einsatzgebiet am Horn von Afrika umfasst das südliche Rote Meer, den Golf von Aden und das Seegebiet entlang der Küste von Somalia. Im August 2003 gehörte auch der Golf von Oman im Rahmen einer Übung vorübergehend zum Operationsgebiet.<sup>19</sup> Befürchtet wird, dass aus Zentralasien flüchtende Mitglieder der Al Qaida in das wie Afghanistan von Anarchie betroffene Somalia einsickern. Die Kontrollaufgaben werden entweder durch Fernaufklärung und Funkkontakt oder – im Falle eines Verdachts – durch Boarding-Teams durchgeführt, die auch von der Bundeswehr gestellt werden. Im ersten Einsatzjahr wurden von der Deutschen Marine im Einsatzraum 4.000 Schiffe abgefragt, in 40 Fällen Handelsschiffe gesichert und maritime Einheiten der Anti-Terror-Koalition durch die Meerenge von Bab el Mandeb geleitet.<sup>20</sup> Die Bundeswehr unterstützte die Task Force 150 dabei mit Fregatten, Schnellbooten (Rückverlegung bis zum 15. Mai 2002), Hubschraubern, Einsatzgruppenversorgern, Tankern und Tendern. Im Oktober 2003 war der deutsche Beitrag auf eine Fregatte mit zwei Bordhubschraubern vom Typ Sea Lynx abgesenkt worden, die als Abstützpunkt Djibouti nutzt. Der Einsatz am Horn von Afrika wurde von drei Seefernaufklärern vom Typ Breguet Atlantic unterstützt, die bis Mitte Oktober 2003 insgesamt 304 Aufklärungsflüge durchführen konnten. Die Bundeswehr hat Ende September 2003 den Stationierungsort Mombasa (Kenia) aufgegeben und setzt seitdem nur noch einen See-

---

<sup>16</sup> Vgl. Bundesregierung, Unterrichtung des Deutschen Bundestages zum Einsatz bewaffneter deutscher Streitkräfte bei der Unterstützung der gemeinsamen Reaktion auf terroristische Angriffe gegen die USA, BT -Drucksache 14/8990, 08.05.2002, Berlin. Vgl. zur Operation „Enduring Freedom“ Department of Defense, Defend America, Washington D.C. (<http://www.defendamerica.mil/>)

<sup>17</sup> Zu dieser Zahl sind die an der Operation „Active Endeavour“ beteiligten Soldaten hinzuzurechnen.

<sup>18</sup> Vgl. Dieter Stockfisch, Deutscher Marineverband am Horn von Afrika, in: Soldat und Technik, März 2002, S. 40 – 42.

<sup>19</sup> Vgl. Schreiben des Einsatzführungskommandos der Bundeswehr vom 30.10.2003 an den Verfasser.

<sup>20</sup> Vgl. Bundesministerium der Verteidigung, Ein Jahr Operation Enduring Freedom, Berlin, 13.11.2002. ([http://www.bundeswehr.de/wir/einsatz/021114\\_oeff\\_bilanz.php](http://www.bundeswehr.de/wir/einsatz/021114_oeff_bilanz.php), Abruf vom 25.02.2003)

fernaufklärer von Djibouti aus ein. Das Kontingent der Marineflieger wurde dadurch von 130 auf 48 Soldaten reduziert.<sup>21</sup>

Ebenfalls zur Unterstützung der Operation „Enduring Freedom“ gehörte vom 10. Februar 2002 bis zum 4. Juli 2003 die Dislozierung einer ABC-Abwehrtruppe in Kuwait. Ein Teilkontingent („Immediate Response Force“) mit einer Stärke von 59 Soldaten inklusive sechs Spürpanzern des Typs Fuchs war ständig vor Ort; die übrigen etwas weniger als 200 Soldaten wurden am 13. März 2002 nach Deutschland zurückverlegt und standen dort auf Abruf bereit. Während des Irak-Krieges war das deutsche Kuwait-Kontingent auf 200 Mann aufgestockt worden. Offiziell hatte die Bundeswehr den Auftrag, das Emirat im Falle von terroristischen Angriffen mit ABC-Waffen zu unterstützen. Aus militärstrategischer Sicht ging es aber stets darum, im Falle einer gewaltsamen Auseinandersetzung der USA mit dem Irak dem Verbündeten wenigstens auf kuwaitischem Boden Unterstützung leisten zu können.<sup>22</sup> In der Praxis führte dies dazu, dass deutsche Spürpanzer während des Krieges in ihrem Einsatzraum niedergelagene Raketen auf Rückstände von ABC-Waffen untersuchten. Die Bundesregierung hat einen Bezug der Präsenz der Bundeswehr zum Irak-Konflikt stets verneint. De facto hat sie diesen aber durch den Abzug des Kontingents nach dem Sturz Saddam Husseins eingestanden.

Seit Januar 2002 wurden in Afghanistan ca. 100 Mitglieder des 1996 gegründeten Kommandos Spezialkräfte (KSK) gegen versprengte Kräfte der Taliban und der Al Qaida eingesetzt. Welche Aufgaben sie genau erledigten, unterliegt der Geheimhaltung. Die offizielle Berichterstattung weist jedoch darauf hin, dass sie sich unter Verbündeten großes Ansehen erworben haben sollen. Mitte Oktober 2003 war Presseberichten zu entnehmen, dass das KSK aus Afghanistan abgezogen worden ist.<sup>23</sup>

Um die USA zu entlasten, wird seit dem 26. Oktober 2001 die Operation „Active Endeavour“ durchgeführt. Sie dient der Überwachung vor allem des östlichen Mittelmeers und soll den dortigen Schiffsverkehr vor terroristischen Übergriffen schützen. Die Deutsche Marine war von Anfang an involviert und stellte u.a. Zerstörer, Fregatten, U-Boote und zeitweise auch Tornados zur Verfügung. Anfang Oktober 2003 war Deutschland mit noch einer Fregatte, zu der 220 Soldaten Besatzung gehören, beteiligt. Die Operation „Active Endeavour“ wurde am 10. März 2003 um die Operation „Strait of Gibraltar“ (STROG) erweitert, um die Zugänge zum westlichen Mittelmeer besser zu kontrollieren. Insbesondere in der sehr engen Straße von Gibraltar werden terroristische Übergriffe erwartet. Deutschland unterstützt diese Operation seit dem 1. Oktober 2003 mit drei Schnellbooten und einem Tender, zu denen eine Besatzung von 200 Mann

---

<sup>21</sup> Vgl. Deutsche Marine, Einsatzgruppe Marinefliegerflottille in Djibouti unter neuem Kommando, Djibouti, 13.10.2003. (<http://www.deutsche-marine.de/80256B100061BA9B/vwContentFrame/N257XMNP766MJOEDE>, Abruf vom 24.10.2003)

<sup>22</sup> Angeblich hatte die Bundesregierung den USA die ABC-Abwehrtruppe geradezu aufgedrängt. Die USA seien anfänglich mehr an deutschen Pionieren oder einer Instandsetzungseinheit für Kuwait interessiert gewesen. Die Stationierung habe dann jedoch mit Beginn des Irak-Krieges einen ganz neuen Wert erhalten. Vgl. FAZ, 12.06.2003, S. 1.

<sup>23</sup> Vgl. Berliner Morgenpost, 19.10.2003 (online).

gehört.<sup>24</sup> Insgesamt nehmen durchschnittlich zwei von insgesamt 1.750 Schiffen, die jede Woche die Meerenge passieren, Geleitschutz in Anspruch.<sup>25</sup> Die Entsendung der Deutschen Marine ist vorerst auf sechs Monate begrenzt. Am 8. Dezember war der Einsatz vorübergehend ausgesetzt worden.

Weitere Einsätze, die in der Öffentlichkeit weniger beachtet werden, können dem Kampf gegen den Terrorismus zugerechnet werden. Durch die Operation „Eagle Assist“ waren sieben Frühwarnflugzeuge der NATO-AWACS-Flotte von Geilenkirchen aus in die USA verlegt worden. Ca. 50 deutsche Soldaten beteiligten sich bis zum Abschluss der Operation am 16. Mai 2002 an diesem Einsatz. Zudem hatten vom 26. November 2001 bis zum 10. Januar 2002 drei Transall C-160 zwischen Ramstein und Incirlik Transportflüge durchgeführt. Diese Maßnahmen dienen in erster Linie der Entlastung der USA, was auch in dem Schutz amerikanischer Einrichtungen in Deutschland durch Soldaten der Bundeswehr seinen Ausdruck findet. Seit dem 24. Januar 2003 ist ein Wachkontingent im Einsatz, das je nach Gefährdungsstufe bis zu 4.200 Mann umfassen kann. Anfang November waren noch 2.500 Soldaten zum Schutz von 56 amerikanischen Liegenschaften eingesetzt.<sup>26</sup> Als weiterer Beitrag zur Anti-Terror-Koalition kann seit dem 23. November 2001 die Bereitstellung eines Airbus A 310 MedEvac zum Kranken- und Verwundetentransport betrachtet werden. Er wurde u.a. am 6. März 2002 nach dem Sprengunfall in Kabul, am 13. April 2002 nach dem Attentat im tunesischen Djerba sowie infolge des Anschlags vom 7. Juni 2003 in Kabul eingesetzt.

#### b) International Security Assistance Force

Am 22. Dezember 2001 hat der Deutsche Bundestag der Beteiligung der Bundeswehr an der International Security Assistance Force (ISAF) in Afghanistan zugestimmt, deren Aufgabe es ist, die Arbeit der Übergangsregierung in Kabul unter Führung von Hamid Karzai abzusichern.<sup>27</sup> Deutschland beteiligt sich seit Januar 2002 an der internationalen Schutztruppe, die im Oktober 2003 eine Stärke von 5.500 Soldaten aus 33 Staaten hatte.<sup>28</sup> Die Bundeswehr stellte zum damaligen Zeitpunkt mit 1.780 Mann eine wesentliche Stütze des Kontingents dar, nachdem sie im Juni 2003 noch 2.444 Soldaten in Afghanistan im Einsatz hatte. Der damalige Aufwuchs der eingesetzten Kräfte war auf die ISAF-Führung an der Seite der Niederlande zurückzuführen. Der logistische Nachschub erfolgt vor allem über Termez in Usbekistan, auf dessen Flugplatz ein Lufttransportstütz-

---

<sup>24</sup> Vgl. Bundesministerium der Verteidigung, Active Endeavour, Berlin, Stand vom 20.10.2003. ([http://einsatz.bundeswehr.de/einsatz\\_aktuell/strog\\_see/ueberblick/ae\\_start.php](http://einsatz.bundeswehr.de/einsatz_aktuell/strog_see/ueberblick/ae_start.php), Abruf vom 28.10.2003)

<sup>25</sup> Vgl. FAZ, 03.11.2003, S. 4.

<sup>26</sup> Vgl. Bundesministerium der Verteidigung, Weniger Bundeswehrosoldaten bewachen US-Kasernen, Berlin, 03.11.2003. ([http://www.bundeswehr.de/wir/031008\\_bewachung\\_us.php](http://www.bundeswehr.de/wir/031008_bewachung_us.php), Abruf vom 09.12.2003)

<sup>27</sup> Vgl. zu aktuellen Entwicklungen dieses Einsatzes die Internetseite der International Security Assistance Force. (<http://www.isafkabul.org>)

<sup>28</sup> Vgl. NATO, ISAF Structures, Brüssel, Stand vom 18.10.2003. ([http://www.afnorth.nato.int/ISAF/structure/structure\\_structure.htm](http://www.afnorth.nato.int/ISAF/structure/structure_structure.htm), Abruf vom 18.10.2003)

punkt mit 190 Soldaten eingerichtet worden ist. Künftig steht der Bundeswehr zudem die russische Eisenbahn zur Verfügung, um Truppen und Material zu transportieren. Berlin und Moskau hatten am 9. Oktober 2003 ein entsprechendes Abkommen unterzeichnet. ISAF IV wird seit dem 11. August von der NATO geführt. Am 24. Oktober 2003 hat das Parlament den Einsatz der Bundeswehr bis zum 13. Oktober 2004 verlängert. Insgesamt dürfen maximal 2.250 deutsche Soldaten am Hindukusch eingesetzt werden. Der Bundestag hat dabei zudem beschlossen, ein Wiederaufbauteam mit einer Stärke von bis zu 450 Soldaten in die nordafghanische Stadt Kundus zu entsenden. Dazu war das ISAF-Mandat am 6. Oktober von der NATO und am 13. Oktober 2003 vom UN-Sicherheitsrat erweitert worden. Kundus war u.a. deshalb gewählt worden, weil es nur 150 km entfernt von Termez liegt und damit logistisch direkt von deutschen Transalls versorgt werden kann. Darüber hinaus stimmten die Parlamentarier der „mobilen Unterstützung von zeitlich und im Umfang begrenzten Maßnahmen im Zusammenhang mit der Absicherung von Wahlen“<sup>29</sup> im Sommer 2004 zu, was dazu führen könnte, dass Soldaten der Bundeswehr dann in kleinen Gruppen in ganz Afghanistan eingesetzt werden.

Verteidigungsminister Struck hatte bereits im Mai die Entsendung eines Wiederaufbauteams angedacht, wobei sich erste Überlegungen mit den Städten Herat und Charikar befassten. Die Soldaten stellen die militärische Komponente eines Provincial Reconstruction Team (PRT) dar, das die Arbeiten ziviler Wiederaufbauhelfer schützen soll. Das offizielle Ziel ist, neben der Hauptstadt weitere „Inseln der Sicherheit“ in Afghanistan zu schaffen, um die derzeit auf Kabul begrenzte Autorität der Regierung Karzai schrittweise zu erweitern. Im Gegensatz zu den PRTs der USA, die im Rahmen der Operation „Enduring Freedom“ geleitet werden, untersteht das deutsche Wiederaufbauteam der ISAF. Von den für Kundus veranschlagten 450 deutschen Soldaten werden wahrscheinlich nur 230 ständig vor Ort sein. Die höhere Obergrenze ist gewählt worden, damit sich bei einem Kontingentswechsel beide Teams vorübergehend im Lager aufhalten können. Bis Anfang Dezember 2003 war das deutsche ISAF-Kontingent auf 1.950 Soldaten aufgestockt worden. Ob der Einsatz erfolgreich sein kann, ist aus mehreren Gründen fraglich.<sup>30</sup> So dürften vor allem die erhofften politischen Nebenwirkungen ausbleiben, da die Machthaber vor Ort eigene Interessen verfolgen und nur begrenzt mit Kabul kooperieren.

### 3. Kleinere Missionen

Neben den beiden derzeitigen Hauptaufgaben der Bundeswehr hat diese sich während der Amtszeit der rot-grünen Regierung außerhalb der beiden zentralen

---

<sup>29</sup> Bundesregierung, Antrag „Fortsetzung und Erweiterung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an dem Einsatz einer Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan“, Berlin, 15.10.2003. (<http://dip.bundestag.de/btd/15/017/1501700.pdf>, Abruf vom 24.10.2003)

<sup>30</sup> Vgl. Martin Wagener, Bliedekuh-Spiel am Hindukusch, in: Das Parlament, 27.10.2003, S. 3.

Operationsräume an mehreren kleineren Auslandseinsätzen beteiligt. Weitere Entsendungen dauern an bzw. befinden sich in der Vorbereitung.

a) United Nations Observer Mission in Georgia

Seit August 1993 versucht die UNO, über eine Beobachtermission die zwischen Georgien und Abchasien eingerichtete Sicherheitszone zu überwachen. Weiteres Ziel der United Nations Observer Mission in Georgia (UNOMIG) ist es, Voraussetzungen für eine Rückkehr der Kriegsflüchtlinge zu schaffen. Das deutsche Kontingent, das seit 1994 im Einsatz ist, umfasste im Juni 2003 mit elf der insgesamt 117 Militärbeobachter den größten Anteil und ist u.a. für die medizinische Versorgung zuständig.<sup>31</sup> Am 30. Juli 2003 verlängerte der UN-Sicherheitsrat das Mandat der UNOMIG bis zum 31. Januar 2004.

b) Kongo / Uganda

Bereits seit mehreren Jahrzehnten kommt es im Nordosten des Kongos zu gewaltsamen Auseinandersetzungen der Stämme der Hema und Lendu, die sich im Frühjahr 2003 heftige Kämpfe in Bunia lieferten. Unmittelbarer Anlass war am 6. März der Abzug der mit den Lendu verbündeten ugandischen Truppen aus der Stadt, was die von Ruanda unterstützten Hema zum Angriff nutzten. In der EU setzte sich darauf die Überzeugung durch, dass ein erneutes Blutbad wie jenes in Ruanda 1994 nicht zugelassen werden könne. Nachdem der UN-Sicherheitsrat am 30. Mai 2003 beschlossen hatte, auf der Basis von Kapitel VII UN-Charta eine multinationale Eingreiftruppe in das Krisengebiet zu entsenden, erklärte die EU am 5. Juni, dass sie zur Führung eines solchen Einsatzes bereit sei. Insgesamt nahmen unter französischem Oberbefehl bis zu 1.850 Soldaten an der Operation „Artemis“ teil, die vom 12. Juni bis zum 1. September 2003 dauerte. Das EU-Einsatzkontingent war in Koordination mit den Blauhelmsoldaten der United Nations Organisation Mission in the Democratic Republic of Congo (MONUC) I, die zuvor ersichtlich keine Kontrolle über die Lage hatten, für eine Verbesserung der humanitären Situation in Bunia zuständig, wozu auch die Kontrolle des dortigen Flughafens sowie der Schutz der nahe gelegenen Flüchtlingslager gehörten. Die französischen Kampfeinheiten, die im Gegensatz zum UN-Mandat ihre Aktionen bis zu 45 km außerhalb der Stadt durchführten, waren in dieser Zeit in kleinere Gefechte verwickelt und setzten zur Abschreckung der Milizen Mirage-Kampfflugzeuge ein.<sup>32</sup> Nach dem Abzug der Europäer ist das Mandat der MONUC II ausgedehnt worden, die nun über 10.800 Soldaten verfügt und auch Gewalt zum Schutz von Zivilisten anwenden kann.

Der Bundestag hatte am 18. Juni 2003 einer Beteiligung Deutschlands an der Operation „Artemis“ zugestimmt. Insgesamt waren bis zu 350 Soldaten für den Einsatz vorgesehen, die außer an der Beteiligung von Rettungs- und Evakuierungsmaßnahmen kongolesisches Staatsgebiet nicht betreten durften. Die Bundeswehr beteiligte sich dann aber auf einem geringeren Niveau als ursprünglich

---

<sup>31</sup> Vgl. zu aktuellen Entwicklungen dieses Einsatzes die Internetseite der United Nations Observer Mission in Georgia. (<http://www.unomig.org/>)

<sup>32</sup> Vgl. FAZ, 01.09.2003, S. 4.

geplant. 35 Soldaten wurden für Lufttransporteinsätze auf der Strecke Frankreich - Uganda abgestellt, zwei weitere als Verbindungsoffiziere in das Hauptquartier nach Paris entsandt. 60 Soldaten standen für die medizinische Evakuierung auf Abruf bereit, wurden aber nicht benötigt. Die Bundeswehr transportierte ab dem 2. Juli mit Flugzeugen vom Typ Transall insgesamt 137 Tonnen Material zu einem Versorgungspunkt im ugandischen Entebbe, über den die Mission im benachbarten Kongo unterstützt wurde.<sup>33</sup> In der Endphase des Einsatzes waren für einen direkten Shuttle-Verkehr drei Transall in Djibouti stationiert worden.<sup>34</sup>

Sowohl Deutschland als auch Frankreich haben die Operation „Artemis“ als erfolgreich bezeichnet. Dies mag für die kurzfristige Entschärfung des drohenden Völkermordes in Bunia zutreffen. Von einer nachhaltigen Befriedung der Region Ituri kann jedoch nicht die Rede sein, was Massaker kurz nach Abzug der französischen Einheiten zeigen.<sup>35</sup> Paris und Berlin dürften deshalb den eigentlichen Gewinn der Mission in einem ganz anderen Bereich sehen: Nach dem Mazedonien-Einsatz leitete die EU zum zweiten Mal eine Militäroperation, die erstmalig ohne Rückgriff auf NATO-Strukturen, ohne vorherige Abstimmung in der Allianz und gleichzeitig außerhalb Europas erfolgte. Auf lange Sicht hat die Operation „Artemis“ jedoch lediglich symbolische Bedeutung, da sie de facto fast vollständig in autonomer Regie Frankreichs durchgeführt worden ist und somit nicht als Beitrag zur Stärkung institutioneller Strukturen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) verstanden werden kann.

c) United Nations Monitoring, Verification and Inspection Commission

Am 14. Januar 2003 erhielt die Bundesregierung die Bitte der UNO, der United Nations Monitoring, Verification and Inspection Commission (UNMOVIC) das Aufklärungssystem Luftgestützte Unbemannte Nahaufklärungsausstattung (LUNA) X-2000 zur Verfügung zu stellen. Deutschland wollte dieser Bitte entsprechen und hatte bereits das notwendige Personal in einem Umfang von 20 Soldaten auf freiwilliger Basis abgestellt. Geplant war, dass sie als „Expert on Mission“ von der UNO direkt unter Vertrag genommen werden. Für die Zeit ihrer Abkommandierung sollten sie von der Bundeswehr beurlaubt werden, damit auf diese Weise die Unabhängigkeit der UNMOVIC gewährleistet werden konnte. Die Abstellung von Soldaten und Material war zunächst für drei Monate vorgesehen. Der Beginn des Irak-Krieges am 20. März 2003 machte die Einsatzvorbereitungen hinfällig.

---

<sup>33</sup> Vgl. Bundesministerium der Verteidigung, Operation Artemis (Demokratische Republik Kongo/Uganda), Berlin, 02.09.2003. ([http://einsatz.bundeswehr.de/einsatz\\_abgeschl/print/020903\\_kongo.php](http://einsatz.bundeswehr.de/einsatz_abgeschl/print/020903_kongo.php), Abruf vom 11.10.2003)

<sup>34</sup> Vgl. Bundesministerium der Verteidigung, „Artemis“ wird erfolgreich abgeschlossen, Berlin, 26.08.2003. ([http://www.bundeswehr.de/wir/print/030829\\_artemis\\_bilanz.php](http://www.bundeswehr.de/wir/print/030829_artemis_bilanz.php), Abruf vom 11.10.2003)

<sup>35</sup> Anfang Oktober 2003 kam es in einem Dorf 100 km entfernt von Bunia erneut zu einem Massaker, bei dem mehr als 50 Menschen getötet worden sein sollen. Vgl. FAZ, 08.10.2003, S. 2.

#### d) Weitere humanitäre Hilfsmaßnahmen und Rettungseinsätze

Von Oktober 1999 bis Februar 2000 hat sich die Bundeswehr mit 70 Soldaten an der International Force East Timor (INTERFET) beteiligt. Ihre Aufgabe bestand darin, Verwundete und Kranke aus Ost-Timor zu evakuieren. Über 100 Soldaten waren im März 2000 in Mosambik im Einsatz, um den von der Überschwemmungskatastrophe Betroffenen zu helfen. Im November 2000 wurden über einen Airbus A 310 MedEvac mehrere verletzte Palästinenser aus Gaza ausgeflogen. Am 23. Juni 2003 wurde zudem bekannt, dass sich Soldaten des Marinefliegergeschwaders aus Nordholz an der Suche nach 15 in Algerien verschleppten Touristen, unter ihnen zehn Deutsche, beteiligen, die im Februar und März von mutmaßlichen Islamisten entführt worden waren. Das Verteidigungsministerium hatte den Einsatz der drei Seefernaufklärer des Typs Breguet Atlantic weder bestätigt noch dementiert.<sup>36</sup> Nach der Freilassung der Geiseln im August 2003 hat die Bundeswehr den Rücktransport der Touristen aus Mali übernommen. Im November waren zudem drei Soldaten im Rahmen eines Krisenunterstützungsteams nach Bagdad entsandt worden, um die deutsche Botschaft in Sicherheitsfragen zu beraten.

## II. Anzeichen der Normalisierung des Streitkräfteeinsatzes

Diese Darstellung der Auslandseinsätze zeigt, dass Deutschland in der Amtszeit von Bundeskanzler Gerhard Schröder wesentlich intensiver als in der Ära Helmut Kohls dazu beigetragen hat, Sicherheit auch mit militärischen Mitteln zu schaffen. Deutschland ist zu einem der wichtigsten Truppensteller bei internationalen Einsätzen geworden. Neben diesem rein quantitativen Argument lässt sich die Normalisierung des Streitkräfteeinsatzes vor allem an vier übergreifenden qualitativen Merkmalen festmachen. Dazu gehören die Einsatzlogik, das Fähigkeitsprofil, die Bereitschaft zu Kampfeinsätzen sowie nicht zuletzt der Aspekt der Übernahme von Führungsaufgaben.

### 1. Einsatzlogik

Mit der Veröffentlichung der Verteidigungspolitischen Richtlinien (VPR) vom 21. Mai 2003 hat Verteidigungsminister Struck detailliert ausgeführt, was unter seiner im Vorfeld getätigten Formulierung, wonach Deutschland auch am Hindukusch verteidigt werde, zu verstehen ist.<sup>37</sup> Punkt 9 des Dokuments enthält eine

---

<sup>36</sup> Vgl. FAZ, 23.06.2003, S. 1.

<sup>37</sup> Am 5. Dezember 2002 hatte Struck auf einer Pressekonferenz in Berlin wörtlich gesagt: „Die Sicherheit der Bundeswehr wird eben auch am Hindukusch verteidigt.“ Bundesministerium der Verteidigung, Minister Struck stellt Projektplanung der Bundeswehr vor, Berlin, 05.12.2003. ([http://www.bmvg.de/sicherheit/print/021205\\_pk\\_projekte.php](http://www.bmvg.de/sicherheit/print/021205_pk_projekte.php), Abruf vom 26.06.2003) In der Diskussion wurde dieser Satz dann auf die Sicherheit Deutschlands übertragen. Struck selbst sagte später: „Deutschland wird auch am Hindukusch verteidigt.“ Peter Struck, Pressekonferenz zur Planungsanweisung des Generalinspektors, Berlin, 21.02.2003.

der zentralen Aussagen: „Eine Gefährdung deutschen Territoriums durch konventionelle Streitkräfte gibt es derzeit und auf absehbare Zeit nicht. Das Einsatzspektrum der Bundeswehr hat sich grundlegend gewandelt.“<sup>38</sup> Im Gegensatz zu den VPR vom 26. November 1992 und dem Weißbuch vom 5. April 1994 gehen die neuen Richtlinien von einem neu definierten Verteidigungsbegriff aus. Die Sicherheit Deutschlands soll künftig unabhängig von ihrem einstigen engen territorialen Bezug, also der Landes- und Bündnisverteidigung, garantiert werden. Verteidigung lasse sich „geographisch nicht mehr eingrenzen, sondern trägt zur Wahrung unserer Sicherheit bei, wo immer diese gefährdet ist.“<sup>39</sup> Dies entspreche einem „weiten Verständnis von Verteidigung“<sup>40</sup>. Konsequenz ist, dass die Bundeswehr theoretisch überall und gegen jeden eingesetzt werden könnte.

Die VPR 2003 sehen für die Sicherheit Deutschlands vier grundsätzliche Herausforderungen: (1) Den internationalen Terrorismus, der im Zentrum aller Überlegungen steht; (2) die Proliferation von Massenvernichtungsmitteln und Trägersystemen; (3) regionale Krisen und Konflikte innerhalb und außerhalb Europas; (4) die Informationskriegführung. Unter Berücksichtigung dieser Szenarien, dem Verweis auf die größere Verantwortung Deutschlands in der Weltpolitik und der bisherigen Positionierung der Bundesregierung können daraus drei Einsatzverwendungen der Bundeswehr abgeleitet werden: Streitkräfteentsendungen dienen, erstens, dem Weltfrieden und der internationalen Sicherheit. Sie tragen, zweitens, zu menschenwürdigeren Lebensverhältnissen in Konfliktgebieten bei. Schließlich halten sie, drittens - und dies ist der militärstrategische Kern der VPR 2003 -, Krisen und ihre Auswirkungen auf Distanz. Dies gilt sowohl für den Balkan (Verhinderung von Flüchtlingsströmen) als auch für den Hindukusch (Unterbindung der Entstehung von Rückzugsräumen für internationale Terroristen). Deutschland sei, so Berlin, heute nicht mehr nur Konsument, sondern auch Produzent von Sicherheit.<sup>41</sup> Die VPR betonen, dass die Bundeswehr abgesehen von Evakuierungs- und Rettungsoperationen ausschließlich multinational eingesetzt werden soll.

Grundsätzlich ist die Beteiligung der Bundeswehr an Missionen, die in entfernten Kontinenten durchgeführt werden, nicht neu. Von Mai 1992 bis November 1993 war ein 450 Soldaten umfassendes Sanitätskontingent in Kambodscha stationiert, das zur Unterstützung der United Nations Transitional Authority in Cambodia (UNTAC) eingesetzt wurde. Humanitäre Hilfseinsätze mittels Luftbrücken wurden in Somalia (August 1992 – März 1993) oder Ruanda (Juli – Dezember 1994) durchgeführt. Mit der Entsendung eines 1.700 Mann starken Heereskontingents in das somalische Belet Weyne (August 1993 – März 1994) trug die Bundeswehr zur logistischen Absicherung der United Nations Operation in

---

([http://www.bmvg.de/archiv/reden/minister/print/030221\\_planungsweisungen\\_gi.php](http://www.bmvg.de/archiv/reden/minister/print/030221_planungsweisungen_gi.php), Abruf vom 26.06.2003)

<sup>38</sup> Bundesministerium der Verteidigung, Verteidigungspolitische Richtlinien 2003, Berlin, 21.05.2003, S. 4.

<sup>39</sup> Ebd., S. 3 (hier: Punkt 5).

<sup>40</sup> Ebd. (hier: Punkt 4).

<sup>41</sup> Vgl. Bundesministerium der Verteidigung, Bundeswehr 2002. Sachstand und Perspektiven, Berlin, April 2002, S. 13.

Somalia (UNOSOM) II bei. Bereits die Teilnahme am Kosovo-Krieg 1999 sowie die Unterstützung des parallel dazu verabschiedeten Neuen Strategischen Konzepts der NATO hatten gezeigt, dass die rot-grüne Bundesregierung nach einer Abwägung der jeweiligen Umstände grundsätzlich bereit ist, deutsche Streitkräfte weltweit nicht nur an UN-Blauhelmissionen teilnehmen zu lassen, sondern sie auch im Rahmen robuster Out-of-Area-Einsätze der NATO zu entsenden.

Eine Normalisierung hat in diesem Segment insofern stattgefunden, als sowohl historisch als auch inhaltlich begründete Einsatzbegrenzungen endgültig aufgegeben worden sind. Zumindest theoretisch ist Deutschland nun bereit, wie andere Mittelmächte Interessendurchsetzung weltweit auch militärisch zu betreiben. Die Betonung multinationalaler Vorgehensweisen zeigt, dass die Bundesregierung keinen Sonderweg zu beschreiten gedenkt, sondern die Ausdehnung potentieller Einsatzräume im Gleichschritt zu dem vollzieht, worauf sich NATO und EU verständigen.

## 2. Fähigkeitsprofil

Die deutschen Streitkräfte sind zu einer „Armee im Einsatz“ geworden. War die Bundeswehr ursprünglich für die Abwehr einer mit Kampfflugzeugen unterstützten Panzerinvasion aus dem Osten aufgebaut worden, muss sie heute auf ein wesentlich vielschichtigeres Bedrohungsumfeld vorbereitet sein. Dazu gehören neben den klassischen Gefahren, die von konventionellen Landstreitkräften ausgehen, ebenso jene, die mit Terroristen in Zusammenhang gebracht werden. So trainieren Fregatten, die ursprünglich für die Bekämpfung von Überwasserkampfzielen und zur Jagd auf U-Boote konzipiert worden waren, heute Abwehrmaßnahmen für ein aktuell wesentlich bedrohlicheres und auch wahrscheinlicheres Szenario: Die gegenwärtig am Horn von Afrika stationierten Einheiten der Deutschen Marine rechnen damit, nach dem Muster des Anschlags gegen die USS Cole im Hafen von Aden im Oktober 2000 von Schnellbooten angegriffen zu werden. Die deutschen Streitkräfte müssen daher nicht nur die Logik der trinitarischen<sup>42</sup>, sondern auch jene der asymmetrischen Kriegführung<sup>43</sup> beherrschen. Im Idealfall bringen sie ihre Fähigkeiten im Sinne des Network Centric Warfare<sup>44</sup> optimiert zur Geltung und erfüllen dabei Missionen von der Evakuierung und Rettung über die Friedenserhaltung sowie das Konfliktmanagement bis hin zur Friedensschaffung.

---

<sup>42</sup> Vgl. Carl von Clausewitz, Vom Kriege. Hinterlassenes Werk, Berlin 1998, Original 1832.

<sup>43</sup> Vgl. Martin van Creveld, Die Zukunft des Krieges, München 1998. Herfried Münkler, Die neuen Kriege, Hamburg 2002.

<sup>44</sup> Der Generalinspekteur der Bundeswehr, General Wolfgang Schneiderhan, hebt das Ziel des Network Centric Warfare in Analysen zum Fähigkeitsprofil der deutschen Streitkräfte hervor. Vgl. Wolfgang Schneiderhan, Network Enabled Capabilities – Folgerungen für die Bundeswehr, Berlin, 18.11.2003. ([http://www.bmvg.de/archiv/reden/inspekteure/print/031118\\_gi\\_network.php](http://www.bmvg.de/archiv/reden/inspekteure/print/031118_gi_network.php), Abruf vom 19.11.2003) Vgl. auch Holger H. Mey, Network Centric Warfare. Konzept netzwerkzentrierter Kriegführung, in: Soldat und Technik, Februar 2003, S. 8 – 13.

Die Bundeswehr ist derzeit in der Lage, sich grundsätzlich an allen Einsätzen multinationaler Streitkräfte zu beteiligen. Sie verfügt jedoch nicht über die nötige Ausrüstungspalette, um sich in sämtliche Operationen vollständig einbringen zu können.<sup>45</sup> Sie kann z.B. keine unabhängige Lagebildaufklärung von Einsatzgebieten durchführen, ohne in diese mit Kampfflugzeugen (RECCE-Tornados, Breguet Atlantic) oder Drohnen (CL 289, LUNA X-2000, ALADIN, KZO) einzufiegen. In mehreren Bereichen, insbesondere jenem der Kommunikation, ist sie auf die Nutzung ziviler Dienstleistungen angewiesen. Große Mängel bestehen im Lufttransport: Die Transall C-160 sind nur für kürzere Strecken geeignet. Um größeres Gerät in den Einsatzraum Afghanistan zu verlegen, mussten strategische Transportflugzeuge angemietet werden, mit denen z.B. Transporthubschrauber des Typs Sikorsky CH-53 verladbar sind. So konnten vom 8. Januar bis zum 14. Dezember 2002 durch 178 Flüge mit Antonows des Typs An-124 ca. 12.300 Tonnen und durch 191 Flüge mit Iljuschins des Typs Il-76 ca. 4.100 Tonnen Material transportiert werden. Die Kosten beliefen sich auf 53,5 Millionen US-Dollar.<sup>46</sup>

Die Sicherheit der Truppe im Einsatzgebiet ist verbessert worden, wozu vor allem Maßnahmen des Minenschutzes beitragen. Als besonders geeignet hat sich dabei das gepanzerte Allschutztransportfahrzeug Dingo erwiesen. In einem gewissen Umfang kann die Bundeswehr multinationale Verbände leiten. Vollständig autonom ist sie bereits heute imstande, begrenzte nationale Rettungsaktionen jenseits des Bündnisgebietes durchzuführen. Aber je weiter das Zielgebiet entfernt ist und je länger der Einsatz dauert, desto größer werden die Herausforderungen (Fernmeldewesen, Logistik, Nachrichtengewinnung etc.). Insgesamt werden die deutschen Streitkräfte meist defensiv eingesetzt, was z.B. die Verwendungen der Deutschen Marine zeigen: Minenräumen am Persischen Golf (1991), Seeraumüberwachung in der Adria (1992 – 1996) und am Horn von Afrika (seit 2002) sowie die Evakuierung von Heereskräften aus dem umkämpften Somalia (1994). Künftig könnten verstärkt Aufgaben des Geleitschutzes gegen Übergriffe von Terroristen und Piraten hinzukommen, was auch für sensible maritime Seewege an der europäischen Peripherie wie die Straße von Gibraltar gilt.

Das Fähigkeitsprofil der Bundeswehr wird gegenwärtig aus zwei Gründen den Anforderungen der laufenden Auslandseinsätze nicht vollständig gerecht: Die deutschen Streitkräfte befinden sich, erstens, nach wie vor in der Phase des

---

<sup>45</sup> Vgl. Report Verlag, Ausrüstung der Bundeswehr, CD-ROM, Bonn-Frankfurt 1998. Soldat und Technik, Das Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung und seine Projekte, Dezember 2003, S. 6 - 66. Bundesministerium der Verteidigung, Datenblatt zur Projektplanung, Berlin, o.J. ([http://www.bundeswehr.de/pic/pdf/reform/datenblatt\\_projekte.pdf](http://www.bundeswehr.de/pic/pdf/reform/datenblatt_projekte.pdf), Abruf vom 25.02.2003) Bundesministerium der Verteidigung, Waffensysteme und Großgerät, Berlin, o.J. ([http://www.bundeswehr.de/pic/pdf/broschueren/GG\\_HE\\_1-104WEB.pdf](http://www.bundeswehr.de/pic/pdf/broschueren/GG_HE_1-104WEB.pdf), Abruf vom 25.02.2003) Peter Struck, Entscheidungen zur Zukunft der Bundeswehr (Rede vom 5. Dezember 2002), in: Soldat und Technik, Januar 2003, S. 6 – 9.

<sup>46</sup> Vgl. Bundesministerium der Verteidigung, Ein Jahr ISAF – eine Leistungsbilanz, Berlin, 20.12.2002. ([http://www.bmvg.de/sicherheit/021220\\_isaf\\_bilanz.php](http://www.bmvg.de/sicherheit/021220_isaf_bilanz.php), Abruf vom 10.01.2003).

Umbaus zu einer Interventionsarmee. Dies bedeutet, dass der überwiegende Teil der Ausrüstung der Bundeswehr weiterhin für Szenarien der Territorialverteidigung ausgelegt ist. So wird z.B. die Panzerhaubitze 2000 in regulären Auslandseinsätzen keine Verwendung finden; sie wäre gleichwohl für Interventionen, bei denen wie im Falle des Irak im Frühjahr 2003 der Wille des politischen Gegners gebrochen werden soll, verwendbar. Bei Neuanschaffungen sind, zweitens, insofern falsche Prioritäten gesetzt worden, als zu große Investitionsmittel in Projekten gebunden worden sind, deren Ergebnisse für das Tagesgeschäft der eingesetzten Soldaten im Ausland keinen direkten Mehrwert haben. Dies gilt vor allem für kostenintensive Vorhaben der Luftwaffe. So richtig die Beschaffung des strategischen Lufttransporters A 400 M sowie des Eurofighter ist. Die hohen Stückzahlen lassen wenig Raum für weitere Investitionen. Deutschland wird für 60 A 400 M 8,3 Milliarden € und für 180 Eurofighter insgesamt 19,5 Milliarden € zu bezahlen haben. Hält man dem entgegen, dass ein Dingo ca. 417.000 €<sup>47</sup> kostet, dann entspricht der Gegenwert eines A 400 M (Systempreis: 138,3 Millionen €)<sup>48</sup> bis zu 331 und der eines Eurofighter (Systempreis: 108,3 Millionen €)<sup>49</sup> bis zu 259 Dingos.<sup>50</sup> Bis Ende 2003 soll die Bundeswehr über 147 Fahrzeuge dieses Typs verfügen.

Die Konsequenzen dieser Situation wurden am 7. Juni 2003 in Kabul offensichtlich: Einem Terroranschlag fielen vier deutsche Soldaten zum Opfer, 29 wurden z.T. schwer verletzt. Aus der Distanz ist nicht nachzuprüfen, ob die Bundeswehr einen ungepanzerten Bus zum Transport einsetzen musste, weil kein anderes Gerät zur Verfügung stand. Möglich ist auch, dass ein entsprechender Anschlag für unwahrscheinlich gehalten worden ist, weshalb auf den Einsatz gepanzerter Transportfahrzeuge verzichtet wurde. Dennoch gilt grundsätzlich folgende Kausalkette: Die Bundesregierung sagt zwar immer schneller Auslandseinsätze zu, kann die Truppe aber nicht mit dem dafür notwendigen Gerät ausrüsten. Auf dieser Basis werden Einsatzkräfte schnell überdehnt, investive Mittel zusätzlich gebunden und Soldaten unnötigen Gefahren ausgesetzt.

Forderungen nach einem besseren Schutz der Soldaten in Auslandseinsätzen hält die Bundesregierung entgegen, dass damit der Vertrauensbildung in der Bevölkerung entgegengearbeitet werde. Dies ist aus mehreren Gründen nicht stichhaltig. Zum einen wäre die Präsenz von Leopard-2-Kampfpanzern im deutschen „Camp Warehouse“ in Kabul durchaus geeignet, vor allem auf Warlords wie

---

<sup>47</sup> Vgl. Report Verlag, Mehr Schutz für die Soldaten durch den Truppentransporter „Dingo“ (Archivmeldung). ([http://www.sipotec.net/Neu\\_Bw/Start\\_3/Archiv\\_MeldKurzBer\\_1.html](http://www.sipotec.net/Neu_Bw/Start_3/Archiv_MeldKurzBer_1.html), Abruf vom 26.06.2003)

<sup>48</sup> Vgl. Die Welt, 28.05.2003 (online).

<sup>49</sup> Vgl. Bundesministerium der Verteidigung, Typenabnahme für den „Eurofighter“, Berlin, 30.06.2003. ([http://www.bundeswehr.de/forces/luftwaffe/print/030630\\_eurofighter.php](http://www.bundeswehr.de/forces/luftwaffe/print/030630_eurofighter.php), Abruf vom 01.07.2003)

<sup>50</sup> Diese Überlegungen sind grundsätzlicher Natur. Denn bei geringeren Beschaffungszahlen für A 400 M und Eurofighter würde der Stückpreis steigen. Hinzu kommt, dass das Fähigkeitsprofil der Bundeswehr mit Blick auf Anforderungen in NATO und EU ausgerichtet wird. Die hohe Stückzahl des A 400 M ist daher auch ein Ergebnis der Zusage Deutschlands, beide Institutionen im Bereich der Verlegefähigkeit stärken zu wollen. Die Berechnungen können zudem nur relative Werte wiedergeben, da die Stückpreise aus unterschiedlichen Jahren stammen.

Gulbuddin Hekmatyar, der der Regierung Karzai feindlich gegenübersteht, abschreckend zu wirken. Nach Jahrzehnten des Krieges ist der Bevölkerung Kabuls zudem zuzutrauen, dass sie zwischen Freund und Feind zu unterscheiden weiß und eingesetztes Gerät zuordnen kann. Zum ISAF-Kontingent Deutschlands dürften daher vor allem deshalb keine Kampfpanzer gehören, weil die Bundeswehr nicht über die entsprechende Verlegefähigkeit verfügt.

Sollte die Modernisierung der Bundeswehr gelingen, wird sich dies auf die Gestaltung von Auslandseinsätzen in mehrfacher Hinsicht auswirken. Die deutschen Streitkräfte werden im multinationalen Rahmen durch Verbesserung der Interoperabilität kooperationsfähiger. In verschiedenen Segmenten werden die Referenzen auch nationale, militärische Handlungsoptionen verbreitern. Dies geschieht u.a. durch die Beschaffung des strategischen Lufttransporters A 400 M, der ab 2010 zur Verfügung stehen soll, und durch die Bestückung von vier Flugzeugen des Typs Airbus A 310 mit Tankrüstungen, deren erstes im Dezember 2003 der Öffentlichkeit vorgestellt worden ist. Ob das ursprünglich vorgesehene Einsatzgruppenunterstützungsschiff beschafft wird, ist fraglich. Dagegen dürfte Deutschland ab 2007 über sein erstes nationales, satellitengestütztes Aufklärungssystem des Typs Synthetic Aperture Radar (SAR)-Lupe, mit dem bei Einsätzen präzisere Lagebilder möglich werden, verfügen. Dadurch, aber auch durch einen umfassenderen Schutz der Stützpunkte im Einsatzgebiet, zu dem künftig das Medium Extended Air Defense System (MEADS) beitragen könnte, wird die Sicherheit der Truppe erhöht. Auch die Entwicklung des neuen Schützenpanzers vom Typ Puma, der ab 2008 zur Verfügung stehen soll, dient diesem Ziel: Sechs A 400 M sollen fünf Puma inklusive Schutzmaterial transportieren können, wodurch bereits zu Beginn eines Auslandseinsatzes ein relativ hohes Schutzniveau erreicht werden kann. Ein weiteres Ergebnis der Modernisierung der Bundeswehr ist schließlich die Erweiterung ihrer Einsatzwirksamkeit. Dazu werden hochwirksame und präzise Abstandswaffen (RBS 15 Mk 3/200 km, Taurus/350 km) beschafft, was dazu führen könnte, dass die Bundeswehr bei künftigen, vor allem friedensschaffenden Einsätzen früher in das Geschehen eingreift.

Sollte sich die Bundesregierung dazu entschließen, auch Präemptiv- und Präventivschläge zu den Optionen deutscher Sicherheitspolitik zählen zu wollen,<sup>51</sup> dann würde sie bereits jetzt über begrenzte militärische Fähigkeiten verfügen: So könnten Fregatten oder Einsatzgruppenversorger als Ersatz-Helikopterträger auf ihren Landeplätzen Kampfhubschrauber des Typs Tiger mitführen, die ausgerüstet mit einem Zusatztank von See aus bis zu 1.300 km in das Landesinnere des Zielobjektes einfliegen könnten. Die operative Eindringtiefe des Tiger dürfte jedoch nur bei etwa der Hälfte dieser Distanz liegen. Sollte Berlin darüber hinaus langfristig planen, im Rahmen von NATO- und EU-Einsätzen substanzielle Beiträge zur globalen Machtprojektion leisten zu wollen, müsste es sowohl über die Anschaffung eines Flugzeugträgers als auch über die Einrichtung von Abstützpunkten – im Sinne der amerikanischen Strategie der

---

<sup>51</sup> Vgl. Siegfried Schieder, Martin Wagener, Mehr Sicherheit für Deutschland durch Präemptiv- und Präventivschläge?, in: Sicherheit + Stabilität, Nr. 2, November 2003, S. 9 – 24.

„places, not bases“ - nachdenken. Dadurch würde die Bundeswehr in Krisenzeiten sowohl effektiver als auch schneller reagieren können. Normalisierung hieße dann, zwar insofern nicht nach Statusgleichheit mit Großbritannien und Frankreich zu streben, als weder ein ständiger Sitz im UN-Sicherheitsrat noch Nuklearwaffen angestrebt werden. Berlin würde aber wie auch Paris und London über Abstützpunkte verfügen. Zudem würde es in die Gruppe der Flugzeugträgermächte aufsteigen, zu der in Europa bislang Großbritannien (3), Frankreich (1), Spanien (1) und Italien (1) gehören. Nachdem der hessische Ministerpräsident Roland Koch am 27. Juni 2003 über ein derartiges Projekt spekuliert hat,<sup>52</sup> das von Verteidigungsexperten bereits seit längerer Zeit angedacht wird,<sup>53</sup> könnte zumindest mittelfristig eine grundsätzliche Debatte entstehen. Die Idee des Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses im Bundestag, Volker Rühle, dass Kampfflugzeuge der Bundeswehr eines Tages britische und französische Trägergruppen nutzen könnten, deutet darauf hin, dass relevante Entscheidungsträger jenseits eigener Beschaffungsüberlegungen den militärstrategischen Wert dieses Seekriegsmittels für die deutsche Sicherheitspolitik anerkennen.<sup>54</sup> „Normal“ wäre für einen umfassenden Diskurs zunächst eine Reaktion aus Entsetzen und dem Verweis auf nichtrealisierbare finanzielle Aufwendungen. Verteidigungsminister Struck hält eine Beteiligung Deutschlands an Flugzeugträgerprojekten für überflüssig: „In Europa haben dafür Frankreich, Großbritannien und Spanien Fähigkeiten. Das reicht.“<sup>55</sup> Angesichts der sicherheitspolitischen Ambitionen der EU, deren globale Züge in der am 12. Dezember 2003 verabschiedeten Sicherheits-

<sup>52</sup> Wörtlich sagte Koch auf einer Schiffstaufe in Emden: „Vielleicht wird auch bald auf einer deutschen Werft ein Flugzeugträger gebaut, wenn es einen Bedarf dafür gibt.“ Zit. n. SPIEGEL ONLINE, 27.06.2003.

<sup>53</sup> Lothar Rühl, 1982 – 1989 beamteter Staatssekretär im Bundesministerium der Verteidigung, sieht in dem Mangel an Flugzeugträgern den Hauptgrund dafür, dass die europäischen Seestreitkräfte zu Interventionen in entfernten Krisengebieten nicht fähig sind. „Es mangelt an geeigneten Flugzeugträgern in ausreichender Zahl für etwa 80 bis 100 Luftangriffs- und Aufklärungseinsätze am Tag aus der gegebenen Distanz von Seestationen her über mehrere Wochen.“ Lothar Rühl, Von der Landesverteidigung zur Interventionsmacht. Die Wandlung der europäischen Seestreitkräfte, in: Internationale Politik, Juli 2002, S. 24. Der Autor fordert deshalb: „Europäische Flugzeugträger- und Hubschrauberträger-Gruppen, die national gebildet oder gemischt zusammengesetzt sein könnten, sind unabdingbar, wenn der Aktionsradius von bis zu 6000 km für Kriseneinsätze auch zur See mit operativen Kapazitäten ausgefüllt werden soll.“ Ebd., S. 27 f.

<sup>54</sup> Vgl. Volker Rühle, Die Zukunft liegt in den Fähigkeiten, in: FAZ, 29.10.2003, S. 12. Admiral Lutz Feldt, Inspekteur der Deutschen Marine, hat deshalb gefordert, die Marineflieger zu erhalten, damit diese im Rahmen einer europäischen Sicherheitspolitik britische Träger nutzen könnten. Vgl. PHOENIX, Auf neuem Kurs. Die Deutsche Marine im internationalen Einsatz, 23.09.2003, 20.15 – 21.00 Uhr. Stefan Axel Boës bewertet diesbezüglich die Folgen der Auflösung des Marinefliegergeschwaders 2 kritisch: „Damit wurden [...] alle Überlegungen aufgegeben, deutsche Marineflieger mittelfristig mit trägertauglichen Flugzeugen auszurüsten und zumindest auf Schiffen der Verbündeten einzusetzen.“ Stefan Axel Boës, Deutschland und die europäischen Trägerkapazitäten, Göttingen, Juli 2003 (unveröffentlichtes Manuskript).

<sup>55</sup> Vgl. Peter Struck, Interview mit dem Handelsblatt, 01.12.2003. ([http://www.bmvg.de/archiv/reden/minister/031201\\_struck\\_handelsblattinterview.php](http://www.bmvg.de/archiv/reden/minister/031201_struck_handelsblattinterview.php), Abruf vom 15.12.2003)

strategie deutlich geworden sind,<sup>56</sup> dürften die Widersprüche zwischen dem erklärten Handlungswillen der Europäer und ihren Handlungsfähigkeiten auch in dieser Frage zunehmend sichtbar werden. Gegenwärtig verfügen die Staaten der EU lediglich über 15 % der amerikanischen Trägerkapazitäten.<sup>57</sup> Das erweiterte Verteidigungsverständnis der VPR 2003 sowie das Bekenntnis Berlins zur ESVP könnten daher langfristig dazu beitragen, dass eine deutsche Regierung eines Tages dennoch ernsthaft über die Beschaffung eines Flugzeugträgers nachdenkt.

Die Modernisierung der Bundeswehr bedeutet, dass sie sich nicht nur an Beobachtermissionen und friedenserhaltenden Maßnahmen, sondern verstärkt auch an Kampfeinsätzen beteiligen können wird. Dies ist eines der wichtigsten Momente der Normalisierung, da Streitkräfte an Glaubwürdigkeit verlieren, wenn sie nur zur Wahrnehmung von Präsenzaufgaben in befriedeten Zonen herangezogen werden. Damit ist nicht gemeint, dass militärische Normalisierung ausschließlich durch eine besonders hohe Beteiligung an Kampfeinsätzen erreichbar wäre. Es geht schlicht darum, dass die Bundeswehr in gleichberechtigter Weise an allen militärischen Aufträgen im Einsatzgebiet mitwirken kann.

### 3. Bereitschaft zu Kampfeinsätzen

Kampfeinsätze müssen gleichwohl als besonders bedeutsamer Aspekt der Normalisierung gewertet werden. Die Regierung Schröder hat zwar grundsätzlich daran festgehalten, militärische Maßnahmen in der Logik der Abschreckung zu sehen, jedoch noch wesentlich stärker als ihre Vorgängerin auf offensive Waffeneinsätze gesetzt.<sup>58</sup> Aus der Perspektive der Kampfunterstützung war der erste Kampfeinsatz der Luftwaffe seit dem Zweiten Weltkrieg bereits in der Ära Kohl erfolgt. Die von der NATO am 30. August 1995 gestartete Operation „Deliberate Force“, zu der Luftangriffe gegen serbische Stellungen in Bosnien-Herzegowina gehörten, wurde von ECR- und RECCE-Tornados der Bundeswehr begleitet. Sie beteiligten sich an der Aufklärung, nicht jedoch der Bekämpfung von Bodenzielen. Wie sehr sich das Verhältnis der deutschen Führung zum Einsatz von bewaffneter Gewalt schon in den 90er Jahren weiter verändert hatte, zeigte die Operation „Libelle“: Unter rein nationaler Führung evakuierte die Bundeswehr am 14. März 1997 ca. 100 deutsche und ausländische Staatsangehörige aus Tirana, in dem damals die Staatsgewalt zusammengebrochen war. Während des Einsatzes war auf die Besatzung der CH-53 Hubschrauber von Unbekannten das

---

<sup>56</sup> Die EU bezeichnet sich in ihrer Sicherheitsstrategie als „global player“. European Council, A Secure Europe in a Better World, Brüssel, 12.12.2003, S. 1. Weiter heißt es: „Europe should be ready to share in the responsibility for global security and in building a better world.“ Ebd. Bezüglich militärischer Handlungsnotwendigkeiten wird festgestellt: „With the new threats, the first line of defence will often be abroad.“ Ebd., S. 7.

<sup>57</sup> Vgl. Stefan Axel Boës, Seemacht und Europa. Maritime Interessen der Europäischen Union, in: Marineforum, Juli/August 2003, S. 10.

<sup>58</sup> Vgl. Hanns W. Maull, Germany and the Use of Force: Still a ‘Civilian Power’?, in: Survival, Oktober 2000, S. 56 – 80. Vgl. zur Vereinbarkeit der beiden Rollen „Großmacht“ und „Zivilmacht“ Gunther Hellmann, Der „deutsche Weg“. Eine außenpolitische Gratwanderung, in: Internationale Politik, September 2002, S. 7.

Feuer eröffnet worden, das vom Kommandotrupp erwidert wurde. Ohne internationale Koordination oder die Bitte um Überflugrechte an die albanische Führung hatte die Bundeswehr im Auftrag der Regierung Nothilfe geleistet, was vom Bundestag im Nachhinein ohne größeres Aufsehen gebilligt wurde.<sup>59</sup> Der entscheidende Schritt in Richtung Normalisierung wurde jedoch erst 1999 mit dem Einsatz von ECR-Tornados gegen Bodenziele während der Operation „Allied Force“ im Kosovo vollzogen: Die deutschen Luftstreitkräfte beteiligten sich aktiv an der Ausschaltung der gegnerischen Flugabwehr, gegen die insgesamt 236 Flugkörper des Typs High-Speed Anti-Radiation Missile (HARM) verschossen wurden.<sup>60</sup>

Einer der wohl wichtigsten organisatorischen Schritte für Kampfeinsätze im Ausland war die Aufstellung der Division Spezielle Operationen (DSO) im April 2001. Sie soll ab 2004 mit einer Sollstärke von 7.300 Soldaten voll einsatzfähig sein.<sup>61</sup> Zu ihr gehören das KSK mit derzeit ca. 450 Soldaten<sup>62</sup> sowie die beiden Luftlandebrigaden des Heeres, die sich bereits seit einiger Zeit im Rahmen ihrer Möglichkeiten an Auslandseinsätzen beteiligen. Der Kommandeur der DSO, Generalmajor Rainer Glatz, unterscheidet vier operative Aufträge.<sup>63</sup> (1) Bewaffnete Rückführungen: Sie dienen der Rettung und Evakuierung deutscher Staatsbürger im Ausland. Dazu gehört auch die Rückführung von UN-, OSZE-, NATO- und EU-Personal, das etwa während einer Beobachtermission in Gefahr geraten ist. Desgleichen könnte „hochwertiges Material“ evakuiert werden. (2) Operationen gegen irreguläre Kräfte: Diese sind auf den Schutz von Einsatzkontingenten der Bundeswehr im Ausland gerichtet. (3) Schnelle Anfangs- und Abschlussoperationen: Sie sollen Voraussetzungen für den Einsatz der Hauptkräfte schaffen und einen geordneten Rückzug absichern. (4) Operationen in der Tiefe: Mit ihnen werden Einrichtungen des Gegners hinter den feindlichen Linien angegriffen oder besondere Ziele aufgeklärt. In dieses Aufgabengebiet fallen nicht nur die Jagdeinsätze gegen Terroristen am Hindukusch, sondern auch die Gefangennahme von Kriegsverbrechern auf dem Balkan. Vorauskräfte der DSO stehen in 24 Stunden, weitere Kräfte eines Verbandes nach drei bis vier Tagen zur Verfügung. Die Verfolgung spezifischer nationaler Interessen ist mit diesem Instru-

---

<sup>59</sup> Vgl. Henning Glawatz, Flug ins Ungewisse – Die Operation LIBELLE, in: Peter Goebel (Hrsg.), Von Kambodscha bis Kosovo. Auslandseinsätze der Bundeswehr seit Ende des Kalten Krieges, Bonn-Frankfurt am Main 2000, S. 295 – 307.

<sup>60</sup> Vgl. Joachim Hahn, Ulrich Panke, Operation Allied Force. Erfahrungen der Luftwaffe aus dem Einsatz des Einsatzgeschwaders I, in: Soldat und Technik, September 2000, S. 598.

<sup>61</sup> Nach Auffassung des damaligen Inspektors des Heeres, Gert Gudera, ist die DSO erst 2009 voll einsatzbereit. Struck widerspricht dieser Einschätzung. Vgl. Peter Struck, Wir formen eine Armee im Einsatz, Interview mit der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung vom 10.08.2003.  
([http://www.bmvg.de/archiv/reden/minister/print/030810\\_struck\\_interview\\_fasz.php](http://www.bmvg.de/archiv/reden/minister/print/030810_struck_interview_fasz.php), Abruf vom 27.08.2003)

<sup>62</sup> Struck nennt in Interviews die Zahl 1.000 als Zielstärke des KSK. Vgl. Friedemann Weckbach-Mara, „Wir wollen keine Rambos“ (Interview mit Peter Struck), in: Welt am Sonntag, 24.08.2003 (online).

<sup>63</sup> Vgl. Rainer Glatz, Die Division Spezielle Operationen, in: Soldat und Technik, Oktober 2003, S. 28 f.

ment besonders gut möglich, denn die Division besteht, so Rainer Glatz, „ohne Bindung durch multinationale Verpflichtungen“.<sup>64</sup>

Mit der Entsendung der Spezialkräfte nach Afghanistan wurden erstmalig in der Geschichte der Bundeswehr Bodentruppen in ein Kampfgebiet geschickt. Ihr Aufgabenspektrum war Anfang November 2002 erweitert worden. Waren sie zunächst nur an der Seite ihrer amerikanischen Verbündeten eingesetzt, so sollen sie ab jenem Zeitpunkt ein eigenes Einsatzgebiet zugewiesen bekommen haben. Verteidigungsminister Struck begründete dies damit, dass der deutsche Beitrag an der Operation „Enduring Freedom“ permanent „überprüft und angepasst [wird], um einen noch eigenständigeren Beitrag zu leisten“. Damit zeige Deutschland seine Bereitschaft, „umfassende militärische Verantwortung zu übernehmen“.<sup>65</sup> Wie weit der Einsatz der Spezialkräfte reichte, geht aus Nachrichtenmeldungen über eine direkte Beteiligung an Gefechten hervor. Ende Januar 2003 soll das KSK an einer Auseinandersetzung teilgenommen haben, bei der auf der Seite der Rebellen angeblich mindestens 18 Kämpfer gefallen sind.<sup>66</sup>

Die Verwendung der Spezialkräfte zeigt, dass Deutschland verstärkt zur Risikoteilung bei multinationalen Streitkräfteentsendungen bereit ist. So war am 8. Oktober 2001 der erste tote deutsche Soldat zu beklagen, der Kampfhandlungen zum Opfer gefallen ist. Ein Oberstabsarzt der Bundeswehr wurde beim Abschuss eines Transporthubschraubers über Georgien getötet. Am 7. Juni 2003 starben vier deutsche Soldaten infolge eines Sprengstoffanschlags in Kabul. Entführte und verunglückte Angehörige der Bundeswehr sind aber vor allem außerhalb von Kampfhandlungen zu einer Begleiterscheinung von Auslandseinsätzen geworden: Am 21. Dezember 2002 stürzte in nur geringer Entfernung zu Kabul ein Transporthubschrauber ab; sieben Personen kamen ums Leben. Ebenfalls in der Nähe der afghanischen Hauptstadt wurde am 29. Mai 2003 ein deutscher Soldat Opfer eines Minenunfalls. Wesentlich größere Verluste könnten durch die regelmäßig in Richtung „Camp Warehouse“ abgefeuerten Raketen entstehen. Am 11. September 2003 war ein Geschoss im Lager eingeschlagen, wobei keine Personen zu Schaden gekommen sind. Opfer hätte die Bundeswehr zudem in Kuwait erleiden können. Dort waren die Einsatzkräfte im amerikanischen „Camp Doha“ untergebracht, das die irakische Armee mit mehreren Raketenangriffen zu treffen versuchte. Glimpflich ausgegangen ist auch die Entführung zweier deutscher Militärbeobachter der UN-Mission in Georgien, die vom 6. bis zum 10. Juni 2003 verschleppt worden waren. Der befürchtete Aufschrei in der deutschen Gesellschaft im Angesicht heimkehrender Soldatensärge ist ausgeblieben.<sup>67</sup> So zynisch dies klingen mag, aber auch diese Reaktion kann als Zeichen der Normalisierung gewertet werden. Regierung, Opposition und Bevölkerung zeigen sich

---

<sup>64</sup> Ebd., S. 28.

<sup>65</sup> Zit. n. FAZ, 04.11.2002, S. 1.

<sup>66</sup> Vgl. Die Welt, 01.02.2002 (online).

<sup>67</sup> Arnulf Baring hatte noch 1995 gemutmaßt: „Spätestens wenn das erste Dutzend Zinksärge nach Deutschland zurückkehrte, wäre die innenpolitische Grundlage einer solchen weit ausgreifenden Politik dahin.“ Arnulf Baring, Wie neu ist unsere Lage? Deutschland als Regionalmacht, in: Internationale Politik, April 1995, S. 16.

zwar bestürzt über diese Verluste. Der Tod eingesetzter Soldaten führt aber nicht dazu, dass Auslandseinsätze grundlegend innenpolitisch in Frage gestellt werden.

Mit der Billigung der Bundeswehrreform durch das Bundeskabinett Mitte Juni 2000 hat die Regierung Schröder die Fokussierung der deutschen Streitkräfte auf Interventionsszenarien strukturell abgesichert. In den VPR 2003 heißt es dazu in Punkt 10: „Für die Bundeswehr stehen Einsätze der Konfliktverhütung und Krisenbewältigung sowie zur Unterstützung von Bündnispartnern, auch über das Bündnisgebiet hinaus, im Vordergrund.“<sup>68</sup> Bei der Umstrukturierung der Streitkräfte sind 150.000 Soldaten als Einsatzkräfte vorgesehen, wodurch die alte Aufteilung in Krisenreaktions- und Hauptverteidigungsstreitkräfte hinfällig geworden ist.<sup>69</sup> Mit Blick auf die mögliche Obergrenze entsendeter Soldaten stellte Verteidigungsminister Struck fest: „Die Bundeswehr muss in der Lage sein, bis zu 35.000 Soldaten an jeden denkbaren Ort der Erde zu schicken, zu Friedensmissionen, wenn nötig auch zu Kampfeinsätzen. Die Truppe muss ein Jahr durchhalten können und daneben auch noch kleinere Einsätze bewältigen.“<sup>70</sup> Damit hat die Administration die Wahrscheinlichkeit, dass die Bundeswehr ihr Instrumentarium offensiv einsetzen wird, wesentlich erhöht. Insgesamt scheint die Zunahme robuster Einsatzmittel allerdings keiner besonderen rot-grünen Politik zu entspringen, sondern ist eher als Kontinuität einer Entwicklungstendenz zur Normalisierung der Beteiligung der Bundeswehr bei multinationalen Einsätzen zu begreifen.<sup>71</sup>

#### 4. Führungsaufgaben

Die Bundeswehr hat in den vergangenen Jahren bei internationalen Einsätzen soviel Verantwortung übernommen wie niemals zuvor in ihrer Geschichte. Während der Regierungszeit Helmut Kohls ging es zunächst darum, im Einsatzgebiet eine qualitative Gleichstellung der Bundeswehr zu erlangen, die erstmals mit der

---

<sup>68</sup> Bundesministerium der Verteidigung, Verteidigungspolitische Richtlinien 2003, a.a.O., S. 4.

<sup>69</sup> Vgl. Bundesministerium der Verteidigung, Bundeswehr 2002, a.a.O., S. 29, 47. Die am 2. Oktober 2003 von Bundesverteidigungsminister Struck angekündigte Reduktion des Gesamtumfangs des militärischen Personals auf 250.000 Soldaten könnte die Zahl der Einsatzkräfte – bei Beibehaltung der prozentualen Relationen – auf bis zu 130.000 Mann vermindern.

<sup>70</sup> Peter Struck, Jedes Land entscheidet souverän (Interview), in: Der Spiegel, 01.12.2003, S. 55. Wolfgang Schneiderhan nennt dazu folgende Aufteilung: 18.000 Soldaten für die „Schnelle Eingreiftruppe“ der EU, 5.000 Soldaten für die NATO Response Force, 1.000 – 2.000 Soldaten für nationale Evakuierungsoperationen sowie weitere Kontingente für UN-Missionen. Vgl. Wolfgang Schneiderhan, Die Bundeswehr im sicherheitspolitischen Umfeld des 21. Jahrhunderts, Berlin, 04.11.2003. ([http://www.bmvg.de/archiv/reden/inspekteure/print/031104\\_schneiderhan\\_wams.php](http://www.bmvg.de/archiv/reden/inspekteure/print/031104_schneiderhan_wams.php), Abruf vom 19.11.2003)

<sup>71</sup> Vgl. dazu die theoretischen Betrachtungen bei Rainer Baumann, Gunther Hellmann, Germany and the Use of Military Force: `Total War`, the `Culture of Restraint` and the Quest for Normality, in: Douglas Webber (Hrsg.), New Europe, New Germany, Old Foreign Policy? German Foreign Policy Since Unification, London/Portland 2001, S. 61 – 82.

Beteiligung an der SFOR erreicht worden war.<sup>72</sup> Dem deutschen Heer steht zur Umsetzung seines Auftrages das Gerät zur Verfügung, das auch die verbündeten Streitkräfte einsetzen dürfen. Die drei Verantwortungsbereiche in Bosnien-Herzegowina liegen jedoch in der klassischen Aufteilung bei den drei Nuklearmächten des Westens, den USA, Großbritannien und Frankreich. Die deutschen Heereskräfte sind hier dem französischen Stab der Multinationalen Brigade Südost in Mostar zugeordnet, die bis zur Umstrukturierung der SFOR Divisionsstärke hatte. Seit Anfang Dezember 2002 bilden sie zusammen mit dem italienischen Kontingent einen gemeinsamen Einsatzverband. Vor ihrer Entsendung auf den Balkan hatte die Bundeswehr das Sanitätskontingent der UNTAC geleitet. Die deutschen Truppen haben in der Ära Kohl weder Sektoren noch Oberbefehle über multinationale Kontingente übernommen, dafür jedoch Teilaufgaben von Operationen geführt. Dies galt z.B. 1997 für die Operation „Colombo“, in der ein deutscher General in einem Abschnitt Sarajevos für die Absicherung des Papst-Besuches zuständig war.

Deutschland übernahm erst mit Beginn des KFOR-Mandates im Juni 1999 mehr Verantwortung bei der Durchführung von NATO- oder UN-Aufträgen. Der Bundeswehr wurde im Süden des Kosovos mit dem Hauptquartier Prizren erstmals bei einem friedenserhaltenden Einsatz ein eigener Sektor zugeteilt. Vom 8. Oktober 1999 bis zum 18. April 2000 übernahm der deutsche General Klaus Reinhardt das Oberkommando über die Multinationalen Streitkräfte KFOR. Reinhardt war damit der erste General der Bundeswehr, der ein NATO-Kommando außerhalb des Bündnisgebietes leitete. Am 3. Oktober 2003 wurde mit Holger Kammerhoff erneut ein deutscher General als Oberkommandierender der KFOR eingesetzt. Die Führung der Multinationalen Brigade Südwest in Prizren wechselt wiederum im Jahresrhythmus zwischen Italien und Deutschland. In Mazedonien hatte die Bundeswehr vom 13. Dezember 2001 bis zum 26. Juni 2002 die ca. 1.000 Soldaten umfassende Task Force Fox geführt, wobei sie zeitweise mit einem Kontingent von 600 Soldaten vertreten war. Damit hatten deutsche Streitkräfte erstmals eine NATO-Operation im Bereich des Krisenmanagements geleitet.

Weitere Führungsaufgaben sind von der Bundeswehr im Rahmen der Operation „Enduring Freedom“ bzw. in Afghanistan durchgeführt worden. Die Deutsche Marine hatte vom 4. Mai bis zum 30. Oktober 2002 sowie vom 31. Mai bis zum 29. September 2003 den Oberbefehl über die multinationalen Seestreitkräfte am Horn von Afrika inne. Am 25. September 2003 fiel ihr das Kommando der NATO Standing Naval Force Mediterranean zu. Am 19. März 2002 hatte die Bundeswehr zudem die taktische Führung der Kabul Multinational Brigade (KMNB) übernommen, die am 17. Juli 2003 auf Kanada übergang. Eine weitere Führungsaufgabe war am 10. Februar 2003 durch die deutsch-niederländische Leitung der Afghanistan-Schutztruppe entstanden, die vom ISAF Operations Coordination Center (IOCC) wahrgenommen worden ist. Die Führung für ISAF

---

<sup>72</sup> Vgl. Hans-Otto Budde, Gleiche Rechte und Pflichten – Die deutsche Beteiligung an der SFOR, in: Peter Goebel (Hrsg.), Von Kambodscha bis Kosovo. Auslandseinsätze der Bundeswehr seit Ende des Kalten Krieges, Bonn-Frankfurt am Main 2000, S. 166 – 173.

III endete am 11. August 2003. Seitdem wird ISAF IV direkt von der NATO geleitet, die für diese Aufgabe den deutschen General Götz Gliemerth abgestellt hat. Auch in der NATO Response Force (NRF), die seit dem 15. Oktober 2003 mit einer begrenzten Einsatzfähigkeit in Dienst gestellt worden ist, wird Deutschland Verantwortung wahrnehmen. So ist vorgesehen, dass die Bundeswehr die Führung eines CBRN-Bataillons (Chemical, Biological, Radiological, Nuclear) übernimmt.

### III. Perspektiven der Normalisierung

Die Zukunft des Streitkräfteeinsatzes wird ganz maßgeblich von zwei Faktoren abhängen: Welche finanziellen Ressourcen stehen, erstens, zur Gestaltung von Sicherheitspolitik zur Verfügung? Will Deutschland weiterhin Auslandseinsätze bis hin zu friedensschaffenden Maßnahmen durchführen, so benötigt die Bundeswehr dazu adäquates Gerät. Wie entwickelt sich, zweitens, das sicherheitspolitische Selbstverständnis der Berliner Republik? Mit anderen Worten: Welche Rolle will Deutschland bei multinationalen Einsätzen spielen?

#### 1. Verteidigungsetat

Die rot-grüne Bundesregierung steckt selbstverschuldet in einem nur schwer zu lösenden Dilemma. Auf der einen Seite verlangt sie von der Bundeswehr, eine zunehmende Zahl von Auslandseinsätzen zu bewältigen. Auf der anderen Seite ist sie nur begrenzt bereit, die dafür notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen. Der Verteidigungshaushalt war ursprünglich bis zum Jahr 2006 auf ein Niveau von 24,389 Milliarden € begrenzt worden, wobei bereits im Haushaltsansatz für 2004 nur noch 24,06 Milliarden € vorgesehen sind.<sup>73</sup> Dieser nominale Wert ist aber wenigstens zwei weiteren realen Kürzungen unterworfen: So bewirkt, erstens, die Inflation eine jährliche faktische Mittelreduktion. Bei einer Inflationsrate von 1,1 % im Jahr 2003 stehen dem Bundesverteidigungsministerium über 268 Millionen € weniger an Kaufkraft zu Verfügung. Diese Summe könnte bis 2006 auf 1,07 Milliarden € Kaufkraftverlust ansteigen und wird bei größeren Inflationsraten wesentlich umfangreicher ausfallen. Die Ankündigung Strucks, der Verteidigungsetat werde 2007 um 800 Millionen € erhöht, kann damit nicht einmal Inflationsverluste ausgleichen.<sup>74</sup> Lohnerhöhungen im Personalwesen binden, zweitens, weitere Mittel, ohne dass dadurch im Bereich der Leistungsfähigkeit der Truppe ein Mehrwert geschaffen wird. Unkalkulierbare Kosten können darüber hinaus bei der Finanzierung der Auslandseinsätze entstehen.

---

<sup>73</sup> Vgl. Bundesministerium der Verteidigung, Einzelplan 14 / 2004 im Vergleich zum Haushalt 2003 (in Mio. €), Berlin, Stand vom 13.11.2003.  
([http://www.bmvg.de/ministerium/haushalt/ministerium\\_haushalt2002.php](http://www.bmvg.de/ministerium/haushalt/ministerium_haushalt2002.php),  
Abruf vom 06.12.2003)

<sup>74</sup> Vgl. Peter Struck, Eröffnungsrede anlässlich der Konferenzreihe „Impulse 21 Berliner Forum Sicherheitspolitik“, a.a.O.

Diese sind von 186,2 Millionen € im letzten Amtsjahr Helmut Kohls auf über 1,56 Milliarden € im Jahr 2002 angestiegen.<sup>75</sup> Dabei unterscheiden sich die einzelnen Kostenposten erheblich: Für das Wiederaufbauteam in Kundus werden nach Schätzungen der Bundesregierung in den ersten zwölf Monaten 77 Millionen € benötigt.<sup>76</sup> Dagegen belaufen sich die Kosten für den Einsatz in der Straße von Gibraltar auf 3,7 Millionen €.<sup>77</sup> Das Bundesverteidigungsministerium hat für 2003 insgesamt 1,4 Milliarden € für Auslandseinsätze eingeplant, von denen bis zum 30. Juni knapp 600 Millionen € aufgebraucht worden sind.<sup>78</sup>

Im Vergleich zu Paris und London unternimmt Berlin weitaus weniger, um seine Streitkräfte angemessen auszurüsten. So entsprachen die deutschen Verteidigungsausgaben 2001 ca. 1,5 % des Bruttoinlandsproduktes (BIP), wohingegen der französischen Armee 2,6 % und den britischen Truppen 2,5 % zur Verfügung gestellt wurden. Der NATO-Durchschnitt lag bei 2,2 %.<sup>79</sup> Das BIP-Kriterium zeigt, dass Deutschland seinen Verteidigungsetat erheblich aufstocken müsste, um zu einer „normalen“ Macht zu werden. Auch die Investitionsquote verdeutlicht in diesem Zusammenhang die Rückständigkeit Deutschlands. Nach Angaben des Bundesverteidigungsministeriums lag sie 2001 bei 24,5 %.<sup>80</sup> Dagegen hat die Weizsäcker-Kommission in ihrem Bericht zur Reform der Bundeswehr vom 23. Mai 2000 darauf hingewiesen, dass eine Investitionsquote von 30 % für eine moderne Ausrüstung notwendig sei.<sup>81</sup> Dieser Anteil an den Gesamtausgaben wird auch vom Bundesverteidigungsministerium angestrebt.<sup>82</sup> Berlin wendet zudem weit weniger finanzielle Mittel im investiven Bereich auf als Paris und

---

<sup>75</sup> Vgl. Hans Georg Wagner, Antwort auf die Anfrage von Petra Pau vom 21.11.2002, Berlin, 03.12.2002. ([http://www.petrapau.de/15\\_bundestag/dok/an\\_021215\\_bundeswehr.htm](http://www.petrapau.de/15_bundestag/dok/an_021215_bundeswehr.htm), Abruf vom 25.02.2003) Das Bundesverteidigungsministerium beziffert diesen Betrag auf „gut 1,5 Milliarden Euro.“ Bundesministerium der Verteidigung, Kosten der Auslandseinsätze liegen im Plan, Berlin, 25.08.2003.

([http://www.bundeswehr.de/wir/print/030825\\_kosten\\_einsaetze.php](http://www.bundeswehr.de/wir/print/030825_kosten_einsaetze.php), Abruf vom 27.08.2003)  
<sup>76</sup> Vgl. Bundesregierung, Bundeswehr unterstützt zivilen Aufbau nun auch in Kundus, Berlin, 26.10.2003. (<http://www.bundesregierung.de/Nachrichten/Artikel-434.541467/artikel/ISAF-Einsatz-in-Afghanistan-so.htm>, Abruf vom 28.10.2003)

<sup>77</sup> Vgl. FAZ, 03.11.2003, S. 4.

<sup>78</sup> Vgl. Bundesministerium der Verteidigung, Kosten der Auslandseinsätze liegen im Plan, a.a.O.

<sup>79</sup> Vgl. International Institute for Strategic Studies (IISS), The Military Balance 2002/2003, London 2002, S. 332.

<sup>80</sup> Vgl. Bundesministerium der Verteidigung, Bundeswehr 2002, a.a.O., S. 36. Struck geht für 2003 von einer Investitionsquote von 24,7 % aus, die bis 2006 auf 27 % ansteigen soll. Vgl. Peter Struck, Pressekonferenz zur Planungsanweisung des Generalinspektors, Berlin, 21.02.2003.

([http://www.bmvg.de/archiv/reden/minister/print/030221\\_planungsweisungen\\_gi.php](http://www.bmvg.de/archiv/reden/minister/print/030221_planungsweisungen_gi.php), Abruf vom 25.02.2003)

<sup>81</sup> Kommission „Gemeinsame Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr“, Bericht, Berlin, 23.05.2000, S. 136. Vgl. Jürgen Erbe, Die Lage der wehrtechnischen Industrie in Deutschland, in: Soldat und Technik, September 2002, S. 7. Von 1996 - 2001 sind bei den europäischen NATO-Mitgliedern die Ausgaben für die Beschaffung neuen Geräts um 6,9 % gefallen, wohingegen sie in den USA um 4,7 % gestiegen sind. Vgl. International Institute for Strategic Studies, Strategic Survey 2000/2001, London 2001, S. 105.

<sup>82</sup> Vgl. Bundesministerium der Verteidigung, Weiterentwicklung der Bundeswehr: Ein neuer Kurs liegt an, Berlin, 02.10.2003. ([http://www.bundeswehr.de/wir/031002\\_neuerkurs.php](http://www.bundeswehr.de/wir/031002_neuerkurs.php), Abruf vom 11.10.2003)

London: 2001 veranschlagte Frankreich in seinem Verteidigungsetat für Forschung und Entwicklung sowie Beschaffungsmaßnahmen 35,43 % (8,595 Milliarden US-Dollar). Der Anteil Großbritanniens lag bei 38,59 % (12,583 Milliarden US-Dollar), wohingegen Deutschland lediglich 23,2 % (4,675 Milliarden US-Dollar) investierte.<sup>83</sup>

Angesichts dieser Defizite wundert es, dass die Bundesregierung veraltete Rüstungsgüter weit unter Wert bzw. kostenlos veräußert. So kritisierte der Bundesrechnungshof im August 2003, dass Finnland 124 Kampfpanzer vom Typ Leopard 2 A 4 zum Stückpreis von 500.000 € erhalte, wohingegen Polen bei einer Abnahme von 128 Kampfpanzern nur 100.000 € pro Exemplar zu bezahlen habe. Beides liege weit unter Marktwert, wodurch ein Schaden von ca. 90 Millionen € entstanden sei.<sup>84</sup> Noch weitaus erstaunlicher ist, dass Polen 23 Kampfflugzeuge vom Typ MiG-29 für den symbolischen Kaufpreis von je einem Euro erhalten soll, obwohl zuvor knapp 358 Millionen € in diese Hinterlassenschaft der Nationalen Volksarmee investiert worden waren. Die ersten fünf Exemplare sind am 26. September 2003 übergeben worden. Auch hier intervenierte der Bundesrechnungshof. Nach seiner Auffassung ist es „schwer verständlich, das moderne, leistungsfähige und vollständig ausgerüstete Jagdflugzeug MiG-29 auszusondern, bevor es seine Lebensdauer erreicht hat“. In einem weiteren Bericht verlangte er, die MiG-29 weiter zu nutzen, „bis einsatzfähige Eurofighter verfügbar sind“.<sup>85</sup>

Diese Beispiele zeigen, dass Deutschland derzeit die finanziellen Voraussetzungen fehlen, um zu einer „normalen“ Macht zu werden. Eine langfristig erfolgreiche Reform der Bundeswehr wird zum einen von einer substantiellen Anhebung des Verteidigungsetats auf nicht weniger als 30 Milliarden € abhängen. Der hohe Investitionsstau – Schätzungen gehen von 10 Milliarden € bis 15 Milliarden € aus – erfordert zudem eine einmalige Anschubfinanzierung, die auch von der Weizsäcker-Kommission empfohlen worden ist.<sup>86</sup> Der aktuellen Lage kann eine solche Perspektive dagegen nicht entnommen werden: Eine kurzfristige Erhöhung des Verteidigungsetats durch Verschuldung erscheint aufgrund des Sparkurses des Bundesfinanzministeriums und der Vorgaben des währungspolitischen Stabilitätspaktes eher unwahrscheinlich und wäre daher nur durch Umschichtungen sowie zusätzliche Steuererhöhungen möglich. Da für 2003 die größte Neuverschuldung in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland erwartet wird, dürfte dieser Weg ausscheiden. Das Bundesfinanzministerium geht von 43,4 Milliarden € statt der geplanten 18,9 Milliarden € Nettokreditaufnahme aus.<sup>87</sup> Für 2004 sind 29,3 Milliarden € Neuverschuldung geplant.<sup>88</sup>

---

<sup>83</sup> Vgl. International Institute for Strategic Studies, *The Military Balance 2001/2002*, London 2001, S. 35. Die Angaben beziehen sich auf konstante Wechselkurse im Jahre 1999.

<sup>84</sup> Vgl. *Die Welt*, 22.08.2003 (online).

<sup>85</sup> Zit. n. *Die Welt*, 06.09.2003 (online).

<sup>86</sup> Die Kommission stellte damals zu den Voraussetzungen des Umbaus der Bundeswehr fest: „Für den Übergang werden zusätzliche Mittel gebraucht (Anschubfinanzierung). Nur so kann die Reform erfolgreich angegangen werden.“ Kommission „Gemeinsame Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr“, a.a.O., S. 140.

<sup>87</sup> Vgl. *FAZ*, 13.10.2003, S. 11. *FAZ*, 24.10.2003, S. 1.

In dieser Situation bleibt Verteidigungsminister Struck nichts anderes übrig, als Handlungsfähigkeit auf geringem Niveau durch eine Absenkung der Personal- und Betriebskosten sicherzustellen. Dazu kündigte er am 2. Oktober 2003 eine weitere Reduzierung des Personalumfanges der Bundeswehr an. 2010 sollen der militärische Umfang bei 250.000 Soldaten (Zielgröße der Scharping-Reform: 285.000) und der zivile Umfang bei 75.000 Dienstposten (Zielgröße der Scharping-Reform: 80.000 – 90.000) liegen. Betriebskosten sind dadurch verringert worden, dass bestehende Einsatzmittel frühzeitig außer Dienst gestellt und bei Neuanschaffungen die Stückzahlen reduziert werden. Seit Dezember 2002 sind folgende Entscheidungen getroffen worden: Reduktion der geordneten Transportflugzeuge A 400 M von 73 auf 60; Bestellung von 1.250 statt der vorgesehenen 1.812 Luft-Luft-Flugkörper kurzer Reichweite vom Typ IRIS-T und von nur 600 statt der geplanten 1.488 Luft-Luft-Flugkörper mittlerer Reichweite vom Typ METEOR; Verzicht auf das zweite Los des Kampfhubschraubers Tiger (30 Maschinen); Aufgabe der vier Flugabwehrraketenverbände Hawk und Roland; Auflösung von zwei Geschwaderäquivalenten Tornado, darunter das Marinefliegergeschwader 2 bis Ende 2005 (80 – 90 Flugzeuge); Außerdienststellung von zehn Schnellbooten der Klasse 143 bis Ende 2005. Diese Maßnahmen werden aber nur kurzfristig für Entlastung sorgen und dürften die von Struck so bezeichnete „Investitionsbugwelle ab 2008“<sup>89</sup> nicht tragen können. Vielmehr ist mit weiteren Absenkungen im Personalumfang und den Betriebskosten zu rechnen, um eingegangene Verträge erfüllen zu können. Dies führt dazu, dass sich das Bundesverteidigungsministerium in den nächsten Jahren primär an der Vermeidung von Schadensersatzklagen orientieren muss. Dadurch wird die eigentliche Aufgabe der Streitkräfte, Interessen zu dienen und Herausforderungen zu bewältigen, zu einer sekundären Leitkategorie.

## 2. Selbstverständnis

Seit die Bundeswehr sich zunehmend an Auslandseinsätzen beteiligt, stellen Beobachter die Frage, ob dies auf das Ende der „Kultur der Zurückhaltung“ in der deutschen Sicherheitspolitik hindeute. Dieser Terminus ist nicht nur unpräzise, sondern auch ungeeignet als Messkriterium für Veränderungen. Denn was ist „Zurückhaltung“? Ein Staat, der nicht aktiv auf sicherheitspolitische Konflikte außerhalb der eigenen Landesgrenzen einwirkt, kann diese Haltung aus ganz unterschiedlichen Motiven verfolgen. Entweder sieht er keine Notwendigkeit, ist dazu militärisch nicht in der Lage oder kann im Rahmen eines arbeitsteiligen Bündnisses andere Aufgaben wahrnehmen. Der Terminus kann nicht einheitlich Tendenzen der deutschen Sicherheitspolitik beschreiben, da z.B. der Einsatz des KSK am Hindukusch als Ende und die militärische Enthaltensamkeit im Irak-Konflikt als Bestätigung der „Kultur der Zurückhaltung“ betrachtet werden

---

<sup>88</sup> Vgl. FAZ, 29.11.2003, S. 1.

<sup>89</sup> Peter Struck, Neue Aufgaben – neuer Kurs, Berlin, 02.10.2003.  
([http://www.bmvg.de/archiv/reden/minister/031002\\_struck\\_punktation\\_presskonferenz.php](http://www.bmvg.de/archiv/reden/minister/031002_struck_punktation_presskonferenz.php),  
Abruf vom 24.10.2003)

könnten. Kontinuität und Wandel lassen sich hingegen wesentlich besser an strategischen Bewertungskriterien festmachen: Welche Interessen verfolgt ein Staat? Wie bewertet er Herausforderungen? Welche Instrumente legt er sich zur Bewältigung von Bedrohungen zu? Kontinuitäten sind im Bereich der Interessen (Schutz von Staatsgebiet, Bürgern, Gütern) und mit Blick auf die Einbindung in NATO und ESVP bei den Instrumenten festzustellen. Ein Wandel hat hingegen bei der Einschätzung sicherheitspolitischer Herausforderungen stattgefunden (u.a. Terrorismus statt Invasion aus dem Osten), die einen Umbau des militärischen Instrumentariums zur Folge hat. Geht Deutschland dabei eigene Wege? Diese Frage muss mit einem klaren „Nein“ beantwortet werden. Auch wenn die Scheckbuchdiplomatie aufgegeben worden ist, hat Berlin seine multilaterale Einbindung beibehalten. Alleingänge gehören weiterhin nicht zum Muster deutscher Sicherheitspolitik.

Das deutsche Selbstverständnis hat sich während der Regierungszeit Schröder dahingehend geändert – wenn dies ansatzweise auch bereits unter Kohl zu konstatieren war –, dass Berlin mit seinen Verbündeten nicht mehr nur finanzielle Risiken, sondern auch jene für Leib und Leben der eigenen Soldaten teilt. Diese Normalisierung sorgt dafür, dass Deutschland Kernaufgaben multinationaler Einsätze übernehmen kann und dabei mit Blick auf die Inhalte der Mission zwangsläufig gehört werden muss. Denn ein Gelingen vieler Operationen hängt oftmals ganz maßgeblich davon ab, in welchem Umfang sich die Bundeswehr beteiligt und wie lange sie vor Ort bleibt. Der ISAF-Einsatz wäre ohne deutsche Beteiligung in der gegenwärtigen Form nicht durchführbar. Und auch die NRF, die ab Oktober 2006 mit insgesamt 21.000 Soldaten voll einsatzbereit sein soll, wäre ohne die vorgesehenen 5.000 Mann der Bundeswehr nicht wie geplant aktionsfähig. Gleiches gilt für die geplante, 60.000 Mann starke „Schnelle Eingreiftruppe“ der EU, zu der Deutschland 18.000 Soldaten (maximaler Umfang eines Erstkontingents) abstellen will. Dadurch werden die Gewichte innerhalb Europas sowie im transatlantischen Rahmen nicht grundlegend umverteilt, aber doch angepasst.

Ein verändertes Selbstverständnis deutscher Sicherheitspolitik, das sich vor allem an der Einsatzlogik ablesen lässt, war Voraussetzung für diesen Zugewinn an internationalem Gewicht. Das Land befindet sich aber nach wie vor in einem nicht abgeschlossenen Prozess der Normalisierung, durch den neue Fragen erkennbar werden. Dabei geht es um die Finalität der sicherheitspolitischen Rolle Deutschlands in der Welt. Wo beispielsweise soll künftig die Messlatte für das liegen, was als „Normalität“ des deutschen Streitkräfteeinsatzes und der ihm zugrunde liegenden Ausrüstung gelten soll? Aus der Perspektive der derzeitigen und vermutlich auch der folgenden Regierung werden dazu weder der Besitz von Nuklearwaffen und Flugzeugträgergruppen noch die Einrichtung von Überseestützpunkten zählen. Dagegen dürfte es im Rahmen des Möglichen liegen, als nächsten Schritt der Normalisierung der Deutschen Marine am Horn von Afrika mehr Kompetenzen zu verleihen. Deren Boarding-Teams können derzeit nur dann eingesetzt werden, wenn das zu untersuchende Schiff dazu die Erlaubnis erteilt. Maßstab könnten hier die Kompetenzen der spanischen Seestreitkräfte sein,

die am 10. Dezember 2002 ein mit SCUD-Raketen beladenes nordkoreanisches Schiff auf den Weg nach Jemen mit einem Schuss vor den Bug stoppten und danach enterten. Die Normalisierung der Entsendung deutscher Streitkräfte wird sich aus europäischer Perspektive vorerst auf diesem Feld abspielen. Es geht folglich um einen operativ konsequenten Einsatz vorhandenen Geräts – und damit unter den gegebenen Umständen nicht um ein vollständiges militärisches Gleichziehen mit Frankreich und Großbritannien.

Eine weitere Konkretisierung der Messlatte ergibt sich durch Hinzuziehung des transatlantischen Faktors. Die Handlungsfähigkeit Deutschlands und Europas bei der Entsendung von Streitkräften hängt weiterhin zutiefst von der Partnerschaft mit den USA ab. Ihr nuklearer Schutzschirm garantiert die Sicherheit der Verbündeten und eröffnet ihnen Handlungsfreiräume. Die Erpressbarkeit des eigenen Landes in Auslandseinsätzen nimmt ab, wenn es weiß, dass hinter ihm die Abschreckungsfähigkeit der USA steht. Die amerikanischen Streitkräfte eröffnen zudem Handlungsmöglichkeiten. Ohne ihren Einsatz wären weder Slobodan Milosevic noch die Taliban besiegt worden, hätte es also gar nicht zur Stationierung von KFOR und ISAF kommen können. Allein während des Kosovo-Krieges führten die USA 70 % der Unterstützungseinsätze sowie 52 % der Angriffsflüge durch und verschossen über 90 % aller Marschflugkörper.<sup>90</sup> Wie sehr die Bundeswehr auf die Hilfe der amerikanischen Streitkräfte angewiesen ist, wird auf dramatische Weise am Hindukusch sichtbar: Im Notfall könnten die deutschen Soldaten in Kabul ihr Feldlager mit eigenen Mitteln nicht verteidigen. Eine Evakuierung wäre nur mit Unterstützung der Luftstreitkräfte der USA möglich<sup>91</sup> – und dies auch nur dann, wenn sie nicht parallel an einem anderen Kriegsschauplatz gebunden sind. An dieser Stelle zeigt sich, dass das Bild der „Kultur der Zurückhaltung“ nur einen begrenzten analytischen Mehrwert besitzt: Würde Deutschland strategische Transportflugzeuge besitzen, müsste es sich beim Aufbau von Evakuierungsmöglichkeiten nicht „zurückhalten“. Normalisierung bedeutet aus dieser Perspektive, Abhängigkeiten im Bündnis zu reduzieren und auf mehr Ausgewogenheit hinzuarbeiten. Ziel wäre nicht eine Reduktion des amerikanischen Machtfaktors, sondern eine Anhebung der Leistungsfähigkeit der europäischen Streitkräfte, damit diese als Nahziel wenigstens an ihrer Peripherie zur umfassenden Machtprojektion fähig sind. Die Bundeswehr sollte dabei eine dem Gewicht Deutschlands in Europa entsprechende Aufgabe übernehmen.

Zum Selbstverständnis Deutschlands gehört in der Ära Schröder der Wille, mehr sicherheitspolitische Emanzipation zu zeigen. Dies bedeutet nicht, kooperationsunwillig zu werden und Sonderwege zu beschreiten. Die rot-grüne Regierung hatte aber bereits zu Beginn ihrer Amtszeit zu verstehen gegeben, die nationalen Interessen Deutschlands stärker in den Vordergrund ihres Handelns stellen

---

<sup>90</sup> Vgl. International Institute for Strategic Studies, Strategic Survey 1999/2000, London 2000, S. 15, 17.

<sup>91</sup> Diese Meinung wird seit langem vom Einsatzführungskommando der Bundeswehr vertreten. Der Befehlshaber der ISAF, General Götz Gliemeroth, hat deshalb eine „eigene Evakuierungsfähigkeit“ der ISAF gefordert. Zit. n. FAZ, 24.09.2003, S. 2.

zu wollen.<sup>92</sup> Dazu gehört offener Widerspruch gegenüber auch engen Verbündeten. Höhepunkt dieser Entwicklung war die Irak-Krise, in der die Bundesregierung nicht nur eine Kriegsbeteiligung ablehnte, sondern offen gegen den Kurs der Bush-Administration Gegenbündnisse mit Frankreich und Russland organisierte. Unabhängig davon, wie diese Politik aus innen- und außenpolitischer Perspektive zu bewerten ist, ob sie klug war und welche Nachteile daraus für Deutschland entstanden sind,<sup>93</sup> Schröder hat im abstrakten Sinne auf diese Weise einen Beitrag zur weiteren Normalisierung der deutschen Sicherheitspolitik vollzogen: Berlin kann Nein sagen. Noch vor dem Kosovo-Krieg hatte Egon Bahr in diesem Zusammenhang auf die Folgen hingewiesen, die sich aus der Wiedervereinigung Deutschlands ergeben haben: „Es hat damit volle Verantwortung über alle vitalen Fragen der Nation erhalten. Sofern diese Verantwortung wahrgenommen wird, folgt daraus Emanzipation, politische Selbstbestimmung genannt. Daran ist Deutschland noch nicht gewöhnt, und unsere Partner sind es auch nicht.“<sup>94</sup>

Aber obwohl der Wille zur Wahrnehmung nationaler Interessen erkennbar ist, bleibt weiterhin unklar, was genau darunter verstanden wird. Dafür sprechen auch die VPR 2003, die in der Konkretisierung der deutschen Interessenlage und damit einer Auflistung von strategisch abgeleiteten Gründen einer Streitkräfteentsendung eher vage formuliert sind. Nach wie vor fehlt Deutschland eine Nationale Sicherheitsstrategie, was als eines der größten Desiderate des Normalisierungsprozesses betrachtet werden kann. Ein entsprechend systematischer Ansatz wird wahrscheinlich auch nicht durch das für 2005 angekündigte neue Weißbuch vorgelegt werden, da dieses eher den Charakter einer Bestandsaufnahme haben wird. So fehlt Auslandseinsätzen oftmals eine nachvollziehbare Begründung: Nach welchen Kriterien ist der Kongo-Einsatz beschlossen worden? Warum hat Berlin nicht bereits zuvor in diesen Konflikt eingegriffen, dem seit 1998 bis zu vier Millionen Menschen zum Opfer gefallen sein sollen? Und warum entscheidet sich die humanitäre Glaubwürdigkeit Deutschlands und der EU ausgerechnet im Kongo – und nicht in Liberia oder Sierra Leone? Verteidigungsminister Struck lehnt eine „Checkliste“ als Grundlage von Auslandseinsätzen ab. Die Bundesregierung wolle darüber von Fall zu Fall entscheiden.<sup>95</sup> Tagespolitische Stimmungen werden daher weiterhin den Ausschlag geben, wenn die Relevanz eines Konflikts für die Sicherheit Deutschlands eingeschätzt wird. Die frühzeitige Warnung Michael Stürmers blieb ungehört: „Eine CNN-getriebene Außen- und Sicherheitspolitik schließlich kann nur in Überanstrengung, Frustration und Bündniszweifel führen.“<sup>96</sup> Ob ein Regierungswechsel an dieser Situation etwas

---

<sup>92</sup> Vgl. Karl-Rudolf Korte, Unbefangen und gelassen. Über die außenpolitische Normalität der Berliner Republik, in: Internationale Politik, Dezember 1998, S. 3 – 12.

<sup>93</sup> Vgl. Martin Wagener. Positionierung ohne strategische Konzeption. Deutschland und die Irak-Frage, in: Die politische Meinung, November 2002, S. 41 – 44.

<sup>94</sup> Egon Bahr, Die „Normalisierung“ der deutschen Außenpolitik. Mündige Partnerschaft statt bequemer Vormundschaft, in: Internationale Politik, Januar 1999, S. 43 f.

<sup>95</sup> Vgl. FAZ, 25.06.2003, S. 1.

<sup>96</sup> Michael Stürmer, Wohin die Bundeswehr? Über Diplomatie, Strategie und Bündnistreue, in: Internationale Politik, April 1995, S. 32.

ändern würde, ist fraglich. Für die deutsche Staatsführung ist es weiterhin normal, in allgemeiner Form von Interessen zu reden, konkreten Definitionen jedoch auszuweichen. Struck gesteht dies sogar offen ein: „Unsere nationalen Interessen, unsere Sicherheitsinteressen, wie weit und wie genau man sie auch immer definieren mag, werden auch in Zukunft nicht immer eindeutig und automatisch vorgeben, wie sich Deutschland engagieren, an welchem konkreten Einsatz sich die Bundeswehr beteiligen soll.“<sup>97</sup> So erfolgt ein erheblicher Teil der Entsendung von Truppen mit dem Verweis auf einen schwammigen Verantwortungsbegriff bzw. mit dem Ziel, Partnern oder innenpolitischen Gruppen zu gefallen. Zwar gehört es zur Tradition bundesdeutscher Sicherheitspolitik, nicht in strategischen Kategorien zu denken. Auf dem Weg zu einer „normalen“ Macht wird Deutschland daran aber nicht vorbeikommen.

---

<sup>97</sup> Peter Struck, Abschließende Stellungnahme auf der Konferenz „Impulse 21 Berliner Forum Sicherheitspolitik“, Berlin, 24.06.2003.  
([http://www.bmvg.de/archiv/reden/minister/print/030624\\_abschlussrede\\_impulse\\_21.php](http://www.bmvg.de/archiv/reden/minister/print/030624_abschlussrede_impulse_21.php), Abruf vom 26.06.2003)